

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1411. Für Substrate 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Drucker 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk. ohne Befr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die gespaltene Kolonnenzeile 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., in Postamtzeit 30 Pf. — Anzeigen-Matratte geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 263. Magdeburg, Freitag den 9. November 1917. 28. Jahrgang.

Bürgerkrieg in Petersburg

In den Straßen Petersburgs knattern abermals die Maschinengewehre. Der Bürgerkrieg ist entbrannt. Diesmal auf breiterer Grundlage als in den Tagen des 16. bis 18. Juli d. J. Der linke Flügel der Sozialisten, der sich inzwischen wesentlich verstärkt hat, macht Front gegen die Regierung Kerenski, die hilflos zwischen der Revolution und dem Krieg einhertanmt und immer noch dem Wahn anhängt, sie könne zu gleicher Zeit die größte Staatsumwälzung aller Zeiten und den größten aller Kriege durchführen.

Die Bolschewiki, der linke Flügel der Sozialisten, beherrschen seit einiger Zeit den Arbeiter- und Soldatenrat Petersburgs. Sie haben vor einigen Tagen einen militärischen Ausschuss eingesetzt und den Truppen der Hauptstadt und ihrer Umgebung mitgeteilt, daß sie keinen militärischen Befehlen zu gehorchen hätten, die nicht vorher die Billigung ihres militärischen Ausschusses gefunden hätten. Das unter Kerenski's Befehl stehende amtliche russische Telegraphenbureau gibt diesen Beschluß und den Versuch zu seiner Durchführung in der folgenden Form wieder:

In der Nacht zum 4. November erschienen die Mitglieder des Ausschusses beim Generalstab und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen militärischen Befehlungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen, Oberst Solowjow, erklärte die Befehle als nichtig. Der Arbeiter- und Soldatenrat berief daraufhin alsbald eine Versammlung von Abgeordneten der Garnison ein, die an alle Regimenter durch Fernsprecher ein Telegramm versandte, in dem es hieß, die Truppen hätten einzig solchen Befehlen zu gehorchen, die vom militärischen revolutionären Ausschuss unterzeichnet seien. Zugleich ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren zu jedem Versammlungsort kommen. Am 5. November abends entschied sich eine Vollversammlung der vorläufigen Regierung dahin, den Ausschuss als eine ungefähliche Einrichtung zu betrachten, und stellte den Militärbehörden anheim, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, falls eine Revolte gegen die Regierung erfolgen sollte.

Der Petersburger Sowjet — Arbeiter- und Soldatenrat — bengt sich dem Befehl der vorläufigen Regierung nicht. In Gegenteil, er gab den ihm anhängenden Truppen den Befehl, der Regierung nicht zu gehorchen. Die Regierung ihrerseits ordnete an, daß die Brücken zwischen den Arbeitervorstädten und dem Zentrum der Stadt zerstört werden sollten, um das Eindringen der Arbeitertruppen in das Innere Petersburgs zu verhindern. Entweder ist aus der

Zerstörung der Newabrücken

nichts geworden oder die Sprengungen sind zu spät erfolgt. Das englische Bureau Reuters versendet wenigstens aus Petersburg vom Mittwoch folgende Depesche:

Eine Abteilung Marineinfanterie unter dem Befehl des revolutionären Ausschusses der Maximalisten besetzte die Geschäftsräume der amtlichen Petersburger Telegraphen-Agentur, die Telegraphen-Zentrale, die Staatsbank und das Marineministerium, wo der Rat der Republik tagt, dessen Sitzungen angeht die Lage aufgehoben wurden. Bis jetzt wurden keine Unruhen gemeldet mit Ausnahme einiger Fälle von Apaschismus.

Der Rat der Republik ist das kürzlich zusammengetretene Vorparlament. Vor dieser Körperschaft hat am Dienstag

Kerenski noch eine scharfe Rede

gegen die „Landesverräter“ gehalten, die nach ihm auf der inneren Front wie der äußersten Front sitzen, und deren Bekämpfung und Einkerkelung mit Waffengewalt er in Aussicht stellte. Er sprach Sätze wie diese: „Die Regierung will lieber den Tod erleiden, als auf die Verteidigung von Ehre, Sicherheit und Unabhängigkeit des Staates verzichten. Die Parteien, welche es wagen, in diesem Augenblick die Hand gegen den Willen des freien russischen Volkes zu erheben, drohen gleichzeitig, den

Deutschen die Front zu öffnen.

Alle Handlungen dieser Art sind zugleich zu unterdrücken.“ Die Befehlsgewalt Kerenski's ist anderseits durch die Ereignisse der letzten Tage arg eingeschränkt worden. Das Reutersche Telegramm zeigt, daß am ersten Tage des offenen Kampfes nicht die Regierungstruppen, sondern die bewaffneten Anhänger der Bolschewiki die Oberhand gewonnen haben. Andernfalls wären die dort gemeldeten Verletzungen wichtiger Zentralpunkte der Stadt nicht möglich gewesen.

Damit ist noch nicht gesagt, daß die Revolutionäre, die den Frieden wollen, um die Revolution durchführen zu können, in der Hauptstadt schon den Sieg errungen hätten. Es kann noch leicht ein Umschwung kommen und der Straßenkampf daselbst ein Ende nehmen, das ihm im Juli beschieden war. Aber gleichviel wie der Bürgerkrieg ausgeht, die Vorgänge sind wichtig genug, um sie im Zusammenhang mit den Juli-Ereignissen kritisch zu würdigen und die innern Zusammenhänge darzustellen, die den Lesern im Lärm und Strudel der Kriegsergebnisse verlorengegangen sein werden.

Die Ereignisse seit dem Ausbruch der Revolution im März gruppieren sich um

drei Strömungen:

die Kadetten und die Militärpartei, welche eine bürgerliche Republik herstellen und den Krieg im Entente-Sinne fortsetzen wollen; die Bolschewiki, welche die Diktatur der Arbeiterklasse und den Frieden auf revolutionärer Grundlage, vielleicht auch unter Bruch mit den Alliierten, anstreben; die Richtung Kerenski, Skobelew, Teretelli, welche durch diplomatische Mittel die Alliierten für den Vergleichsrieden gewinnen und dazu Rußland stark und Kampfsähig machen möchte. Herrschend waren seit der Revolution die Gedanken der letztgenannten Gruppe, aber ohne klare Scheidung vom Kadettenprogramm. Teretjtschenko, der Ententist, und Skobelew, der Friedensfreund im Sinne Stockholms, sollten gemeinsam zur Konferenz der Alliierten nach Paris fahren.

Der Bolschewiki-Aufstand vom 16. bis 18. Juli war der erste gewaltsame Versuch, die Revolution auf den Gipfel zu treiben. Die

Kornilow-Affäre

nach der Moskauer Staatskonferenz ein Gegenschlag der bürgerlichen Kreise, um sie rückwärts zu schrauben. Jetzt ist der Kampf aller gegen alle ausgebrochen. Die bürgerlich-kapitalistischen Elemente haben seit den ersten Novembertagen offenbar die Absicht verfolgt, sich mit Hilfe eines besser vorbereiteten Kornilow-Putschs, an dessen Spitze diesmal die Generale Brussilow, Ruzski und Alexejew ständen, dauernd der Gewalt zu bemächtigen. Ihr Opfer ist der Kriegsminister Borchowski, der vor einigen Tagen zum Rücktritt gezwungen wurde. Demgegenüber suchte der Petersburger Sowjet, den gegenwärtig die Bolschewiki, Trotski, Lenin und Zinowjew leiten, sich der Soldatenmassen zu vergewissern. Darüber ist der

offene Kampf ausgebrochen.

Ueber die Aussichten läßt sich nach den mangelhaften Nachrichten, über die wir in Deutschland verfügen, natürlich nichts sagen. Die Reutersche Meldung aber deutet an, daß die Kräfteverhältnisse sich seit den Julitagen wesentlich verschoben haben. Damals war von den Bolschewiki oder Maximalisten nur eine friedliche Demonstration geplant gewesen; es war nicht ihre Schuld, daß trotzdem Blut vergossen wurde. Jetzt ringen sie mit der Gruppe Kerenski von Anfang an um die ganze öffentliche Gewalt in der Hauptstadt.

Der Wandel, der sich seit dem Juli vollzogen, wird noch deutlicher, wenn wir eine Darstellung der damaligen Ereignisse und ihrer Folgen zur Vergleichung mit den heutigen Vorgängen geben. Die Bolschewiki waren damals noch eine kleine Minderheit; sie haben inzwischen in den großen Städten und Industriezentren die Mehrheit erlangt.

Während die Mehrheit der Sozialisten, die Bolschewiki, die Sozialisten-Revolutionäre, die Volkssozialisten und die Arbeitsgruppe sich nach der siegreichen Revolution auf den Boden der Zusammenarbeit mit der liberalen Bourgeoisie stellten, forderten die Bolschewiki die Übernahme der gesamten Regierungsmacht durch den Arbeiter- und Soldatenrat, den Sowjet. Als das erste Koalitionsministerium zustande kam, dem zehn bürgerliche und sechs sozialistische Minister angehörten, blieben die Bolschewiki in Opposition. Sie erklärten in den sechs sozialistischen Ministern nur Geiseln des Sozialismus in den Händen der Bourgeoisie, die dazu dienen sollten, die Sozialisten für die Politik des in seiner Mehrheit bürgerlichen Ministeriums mit verantwortlich zu machen. Auf der anderen Seite konnte der Arbeiter- und Soldatenrat, mit dessen

ausdrücklicher Zustimmung die Sozialisten dem Koalitionsministerium beigetreten waren, nicht mehr mit der gleichen Unabhängigkeit und Schärfe seine Kontrolltätigkeit jenem Kabinett gegenüber ausüben wie ehemals der Miskow-Gutschkow-Regierung gegenüber. Waren es doch die eigenen Parteigenossen, die für die Handlungen und Unterlassungen dieses neuen Ministeriums mit verantwortlich waren, und von denen man wußte, daß sie ihr möglichstes taten, um die liberalen Kollegen vorwärts zu treiben. Die letzteren dachten aber gar nicht daran, ernsthaft für den Frieden und das Volkwohl zu arbeiten. Und so kam es denn, daß die Regierung immer mehr und mehr in die

Sackgasse der Halbheiten,

Widersprüche und Unklarheiten geriet. Weder vermochte sie, die verbündeten Regierungen zu veranlassen, der Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrats beizutreten, noch die wirtschaftlichen Nöte im Innern zu beseitigen, noch den Ausbau sozialpolitischer Reformen nennenswert zu fördern. Da die Koalitionsregierung weder in der äußeren noch in der innern Politik greifbare Erfolge zu erzielen vermochte, und es immer offener wurde, daß die Kadetten den Sozialisten ununterbrochen Steine in den Weg legten und durch passive Resistenz deren Kräfte lähmten, gewann unter den Massen immer mehr die Ueberzeugung an Boden, daß, da es mit den Kadetten nicht ginge, es gegen die Kadetten gehen müßte.

Bereits am 24. Juni planten die Bolschewiki auf dringenden Wunsch zahlreicher Regimenter und Fabriken die Veranstaltung friedlicher

Straßendemonstrationen,

in denen der Uebergang der ganzen Regierungsgewalt in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats gefordert werden sollte. Der Arbeiter- und Soldatenrat mißbilligte aufs schärfste das Vorhaben der Bolschewiki, unterjagte für die Dauer von 3 Tagen die Veranstaltung irgendwelcher Demonstrationen und erklärte einen jeden, der diesem Verbot zuwiderhandeln sollte, für einen Feind der Revolution. Die Bolschewiki protestierten zwar gegen das Verbot, legten Verwahrung ein gegen die ihnen untergehobenen Motive der Revolutionsfeindschaft, fügten sich aber dem Mehrheitsbeschluß, nachdem ihnen erklärt worden war, daß die Anhänger der Gegenrevolution die Manifestation zu ihren dunkeln Zwecken auszunutzen wollten, und jagten die Demonstration ab.

Die Stimmung der Massen blieb indes nach wie vor erregt. Der

Unwille stieg,

als Kerenski mit seinen Offensivplänen im Arbeiter- und Soldatenrat trotz aller Warnungen der Bolschewiki durchdrang. Die Bolschewiki wurden Tag für Tag von der bürgerlichen Presse mit einer Flut von Beschimpfungen und Verdächtigungen überschüttet, als sie schonungslos die gegenrevolutionäre Ministerarbeit des Miskowischen Anhangs aufdeckten. Schon erschien der unvermeidliche Burzew auf der Bildfläche und erklärte in einem sensationell aufgebauten Artikel, er würde demnächst eine ganz besondere aufsehenerregende Enthüllung machen. Verschiedene Freunde, denen er sein Material vorgelegt hätte, wären mit ihm der Ansicht gewesen, daß die Veröffentlichung erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen dürfte. Es handelte sich um die Enttarnung eines Mannes, der seit vielen Jahren die größte Verachtung und Achtung in Rußland und im Ausland genieße. Man war natürlich auf Vermutungen angewiesen und war überzeugt, daß es sich nur um einen der führenden Bolschewiki handeln könne.

Inzwischen waren Teretelli und Teretjtschenko aus Wien zurückgekehrt, wo sie über die ukrainische Frage verhandelt hatten. Die Ukraine hatte ihre Unabhängigkeit erklärt, eine eigne Regierung gebildet. Unverzügliche Verhandlungen mit der „Rada“, der ukrainischen Volksvertretung, waren ein Gebot der Notwendigkeit geworden, sollte Rußland vor den schlimmsten Folgen dieser Unabhängigkeitserklärung bewahrt bleiben. In dieser ungeheuren schwierigen Situation benutzten die Kadetten die ukrainische Frage als Vorwand, um

der Regierung ein Bein

zu stellen. Sie traten zurück mit der Begründung, sie könn-

ten dem großen Entgegenkommen der Ukraine gegenüber nicht beipflichten, obwohl sie doch genau wußten, daß die von Terestchenko und Beretelli eingeräumten Zugeständnisse nach Lage der Dinge überhaupt nicht zu umgehen waren. Selbst die liberale Presse konnte nicht umhin, diesen Schritt der Kadetten auf das schärfste zu mißbilligen. Die Wut über diesen Rückstoß der Kadetten, die Erbitterung über die inzwischen — Anfang Juli — eröffnete Offensive in Galizien löstete erste und schwere Unruhen aus.

Am Nachmittage des 16. Juli ruhte bereits die Arbeit auf den großen Werken von Lepner, Gebr. Nobel und Parviannan. Das 1. Maschinengewehr-Regiment, das Grenadier-Regiment, das 1. Paul-Regiment, das Regiment Moskau und das spanische Regiment schlossen sich der Demonstration an. Am 17. Juli ruhte die Arbeit in ganz

Petersburg. Eine Reihe von Regimentern weigerte sich, den Befehlen der Regierung nachzukommen, die Kronstädter Matrosen und Soldaten mit dem Bolschewiki Roschall an der Spitze trafen in Petersburg ein. Es kam zu

blutigen Zusammenstößen

zwischen den Truppen der Regierung, die vom Arbeiter- und Soldatenrat rückhaltlos unterstützt wird, und den Demonstranten. Dieser Bürgerkrieg kostete nach den russischen Blättern 56 Tote und 650 Verwundete.

Auf die Dauer erhielten die Regierungstruppen das Hebergewicht. Den Palast der Primaballerina Kschessinska, einer früheren Geliebten von Nikolajew 2., in dem das Hauptquartier der Bolschewiki war, finden sie geräumt, die Peter- und-Paul-Festung nehmen sie nach regelrechter Belagerung

durch die Kapitulation der Besatzung ein. Nahezu sämtliche Führer der Bolschewiki werden verhaftet, die Entwaffnung der Demonstranten wird durchgeführt, und allmählich die „Ruhe und Ordnung“ wiederhergestellt. Die friedlich gedachte Demonstration hatte ihr blutiges Ende erreicht.

Es erübrigt noch, eine Darstellung der Ereignisse und Entwicklung seit diesen wichtigen Julitagen zu geben. Das soll morgen geschehen. Vielleicht liegen nach vierundzwanzig Stunden Meldungen vor, die Schlüsse auf den Ausgang des jetzigen Bürgerkriegs in Petersburgs Straßen gestatten. Der Kampf steht ja erst in seinen Anfängen. Die nächsten Tage werden aufdecken, wer der Stärkere ist. Es kann heute nicht mehr als ausgeschloffen gelten, daß diesmal die Bolschewiki siegen werden. Was für die Friedenssache natürlich von der größten Bedeutung sein würde.

Lehrreiche Beispiele.

Zimmer deutlicher teilt sich das ganze deutsche Volk in zwei Heerlager. Auf der einen Seite die überwiegende Mehrheit der Bürger und Arbeiter, die die Demokratisierung des Reiches und das offene, unzweideutige Bekenntnis zu einem Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsschuldigungen will; auf der andern die „kleine, aber mächtige Partei“, die die Parlamentarisierung der Reichsregierung und die Demokratisierung des preussischen Landtags bekämpft und immer noch von der Niederwerfung der gegen Deutschland und Oesterreich verbündeten Völker, von Annektionen in West und Ost träumt. Die Partei der Kriegsverlängerer stützt sich vornehmlich auf die schwere Industrie und auf die Junker, auf den Fabrikfeudalismus des Westens und den Agrarfeudalismus des Ostens. Aber wenn es ihr noch immer gelingt, sich gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu behaupten, so verdankt sie dies vor allem der raffinierten Art, in der sie sich, des Namens und der Telegrammse Befehle und beliebter Generale zu bedienen weiß.

Es hat überall, hat zumal in Preußen stets eine besondere Politik

gegeben, die mit den dauernden Lebensinteressen des Volkes und des Staates immer wieder in Widerspruch geraten ist. Aus der besonderen Aufgabe, dem besonderen Beruf des alten Militärs ist es leicht zu begreifen, daß er alle Fragen des Krieges und des Friedens anders beurteilt als andere Stände. Dem Volk ist der Krieg bittere Not, dem Feldherrn ist er höchste Befriedigung seiner Persönlichkeit. Dem Führer ist der Sieg Selbstzweck, dem Staatsmann ist er nur ein

Mittel für politische Zwecke.

Schon Fürst Bismarck hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ davon gewarnt, einer militärischen Resortpolitik den entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik einzuräumen.

Es ist sehr nützlich, sich früherer Beispiele des Gegensatzes der militärischen Resortpolitik zur allgemeinen Staatspolitik zu erinnern. Denn die Geschichte ist dazu da, uns ihr zu lehren.

Als im Jahre 1866 das preussische Heer vor Wien stand, entspannte im preussischen Hauptquartier in Nikolsburg ein sehr heftiger Kampf zwischen Bismarck und den Generalen. „Allen Generalen war“, so erzählt Bismarck selbst, die Abzögerung gemeinlich, den bisherigen Siegeslauf abzuwarten; Bismarck dagegen wünschte den Krieg

zu beenden, dessen Zweck bereits erreicht war. Die Generale wünschten, daß König Wilhelm an der Spitze seiner Truppen in Wien einziehe; Bismarck bekämpfte diesen Plan: es sei töricht, Oesterreichs Empfindlichkeit durch den Einzug in seine Hauptstadt zu verletzen und es sich dadurch für immer zu verfeinden. Die Generale wollten einen Teil Deutschbohems und Oesterreichisch-Schlesiens annektieren; Bismarck wünschte einen Verständigungsfrieden mit Oesterreich: Preußen solle weder osterreichische Gebiete fordern, noch Oesterreich eine drückende Kriegsschuldigung auferlegen. Es ist Bismarck sehr übel ergangen, weil er,

ein „Blauer und Schwacher“,

sich den siegesberaubten Generalen tapfer entgegenstellte. König Wilhelm, Moltke, die Generale höhnten den „Lustenberg im Lager“. In dem Kriegsrat vom 23. Juli wurde der große Staatsmann so gekränkt, daß er sich tief verlegt in ein Rauchzimmer zurückzog und dort von einem Weinkrausch besessen wurde. Am folgenden Tage befehlte ihn der König so, daß sich Bismarck mit Selbstmordgedanken ring. Und als Bismarck seinen Willen schließlich durchsetzte, befandete ihm Wilhelm 1. noch im letzten Augenblick seine Ungnade. Auf die Eingabe, in der Bismarck dem König die Bedingungen des Nikolsburger Friedens vortrug, schrieb Wilhelm 1.: „Nachdem mich mein Ministerpräsident vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohn erörtert und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in den lauten Anruf zu beugen und einen

so schwachen Frieden

anzunehmen.“

Es ist alles schon dagewesen! Damals war es der große Moltke, heute sind es — Tirpitz und andre. Damals sagte man Bismarck nach, daß er seinen König „vor dem Feinde im Stiche“ lasse; heute sagt man die Reichstagsmehrheit des Vaterlandsvereins an. Ein „schwacher Friede“ hieß es damals; der „Scheidemann-Friede“, der „Gungl-Friede“ heißt es heute. Aber das ganze Deutschland muß es Bismarck heute danken, daß er vor der Militärpolitik nicht zurückgewichen ist. Wo wäre heute das deutsche Reich, wenn Bismarck Oesterreich nach dem Rezept der Generale gedemütigt, es Napoleon 2. in die Arme gejagt, eine französisch-österreichische Koalition gegen Preußen zusammengehämmert hätte? Preußen hat es nicht bedauert.

daß Bismarck im Jahre 1866 der Generalpolitik widerstanden hat.

Nach am Ende des Krieges 1870/71 gab es ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und Moltke. Bismarck wollte damals nur die deutschen Gebiete Elsaß-Lothringens dem Reiche einverleiben; er verstand sehr wohl, daß das junge Deutsche Reich niemals Ruhe an der Westgrenze haben wird, wenn es französischen Boden Frankreich entreißt. Aber den Generalen galt diese Erwägung nichts; sie sahen nur die strategische Bedeutung von Metz und bestanden darum auf der Forderung, die große Festung mit ihrer von Franzosen besetzten Umgebung dem Reiche einzugliedern. Der Streit endete anders als 1866. Bismarck gab nach, die Feldherrenpolitik triumphierte.

Noch ein drittes Mal hat Bismarck die „militärische Resortpolitik“ offen bekämpfen müssen. Als Rußland im Jahre 1888 große Truppenmassen an seiner Westgrenze anjammelte, wünschten die deutschen Generale einen

„Präventivkrieg“ gegen Rußland.

Deutschland sollte sofort losziehen, statt abzuwarten, bis Rußland die Stunde zum Angriff wählt. Damals hielt Bismarck seine große Rede gegen den Vorkriegskrieg, die größte Rede, die der redgewaltigste Mann je gehalten hat. Daß jeder General den Krieg wünschte, fand Bismarck begreiflich; „er würde beinahe aufhören, ein brauchbarer Soldat zu sein, wenn er nicht den Krieg wünschte und an seinen Sieg darin glaubte“. Aber der Staatsmann dürfe sich den Wünschen der Generale nicht beugen; er dürfe einen Krieg nur dann führen, wenn mit dem Krieg „alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, die ganze Nation einverstanden ist“. Durch diese Rede hat Bismarck die Kriegsgelüste niedergezogen, die Kriegsgefahr beseitigt. Wie recht er gehabt, hat die Geschichte gezeigt: der Krieg, den die Generale im Jahre 1888 für unvermeidlich erklärt hatten, ist nie geführt worden; Bismarcks Widerstand hat der Welt für ein Menschenalter den Frieden erhalten. Abermals hat die Erfahrung gezeigt, daß Deutschland gut beraten war, als es sich der Militärpolitik widersetzte.

Moltke war ein großer Feldherr. Aber in dem einen Falle, in dem seine Politik über die Bismarcks gesiegt hat, war es kein Glück für Deutschland wie für die Welt; in dem anderen Falle, in dem seine Politik der Staatskunst Bismarcks unterlegen ist, war es ein Glück für das deutsche Volk wie für alle Völker.

Was der Krieg bringt.

44000 Tonnen.

Insich werden folgende neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer beachtet:

14 Dampfer, 2 Segler mit rund 40000 Seetonsgetreide.

Nach den vorläufigen Schätzungen betragen die beschlagnahmten Lebensmittel, einschließlich Kriegsmaterial, Transporter „Foca“ (765 Tonnen) und „Collegian“ (737 Tonnen) sowie der beschlagnahmte italienische Truppentransporter „Salsomaggiore“ (4330 Tonnen), der samt dem ihn begleitenden italienischen Hilfskreuzer „Foca Montijo“ auf der Höhe von Kap Suda (westlich von Athen) versenkt wurde.

Die Besatzung der versenkten Schiffe, bestehend aus 1000 Mann, wurde durch die Besatzung des U-Bootes in Sicherheit gebracht. Die Besatzung der versenkten Dampfer wurden in Rettungsbooten, wobei nur ein Besatzungsmitglied durch einen Schiffsarzt getötet wurde. In den vergangenen Tagen ist die Besatzung der versenkten Schiffe in Sicherheit gebracht.

Eroberungslust?

Die politische Ursache, die durch die ersten Schiffsversenkungen in der neuen Regierung Herleitung herangezogen werden, besteht in der ganz bedeutend durch die Besatzung der versenkten Schiffe im Mittelmeer getöteten Besatzung. Die Besatzung der versenkten Schiffe ist in Sicherheit gebracht, wobei nur ein Besatzungsmitglied durch einen Schiffsarzt getötet wurde. In den vergangenen Tagen ist die Besatzung der versenkten Schiffe in Sicherheit gebracht.

traute zu nicht zu unterschätzen. Denn eine Regierung, die sich in einem Programm des Annexionismus bekennt, müßte für die Sozialdemokratie ein Gegenstand ständiger Bekämpfung sein, ganz gleichgültig, ob sie ein oder gar kein Fortschrittler in ihr Platz nehmen.

Es wird behauptet, daß auf österreichischer Seite der erste Plan besteht, den jungen Kaiser Karl zum König von Serbien zu machen. Das neue Serbien soll mit Bulgarien vereinigt und so an Stelle der bisherigen gerichtslosen Rumänien eine dauerhafte gebildet werden. Für den Abschluß der Serbischen sollen die Habsburger einverstanden sein, indem ihnen das „Großfürstentum Rumänien“ und das „Königreich Serbien“ angehängt werden soll.

Was hat die deutsche Regierung zu dem Entschluß gestellt, so weit zu gehen? Würde sie nicht zu wünschen, so wäre das Serbien ein vollkommener Bruch mit der Politik, die bisher unter der Deutscher

„Was treibt nicht Eroberungslust“

bezeichnet wurde. Was hat denn getrieben sein soll, in Ansehung in ihrer jüngsten Form: Ansehung noch vor dem Frieden. Welche Ansehung sind schon deshalb ein politisch unannehmbare Akt, weil, während der Krieg dauert, kein Versuch werden kann, ob sie auch gehalten werden können. Die Ansehung, die bei dem Friedensschluß erfolgt, hat wenigstens für die neue Form einer Unabhängigkeit. Sie ist als Unabhängigkeit und Unterwerfung der Form nach ein vollständiger Bruch mit der Politik, die bisher unter der Deutscher

volutes Diktat des Siegers und wirkt daher auf den betroffenen Gegner noch viel schärfer. Sie reizt ihn, seinen Nebenkrieg aufzunehmen, noch ehe der Eroberungskrieg des andern abgeschlossen ist. Ganz abgesehen von der grundsätzlichen Frage der Macht- oder der Rechtspolitik muß daher eine während eines unabherrschbaren und noch unentschiedenen Krieges vorgenommene Annexion als ein Akt der höchsten politischen Unflughheit bezeichnet werden.

Würde die deutsche Regierung diesen Weg gehen, so könnte nicht die Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie auch nur einen Schatten von Mitverantwortung mit ihr tragen möchte. Die Sozialdemokratie müßte dann eine Stellung einnehmen, die niemand über ihre schärfste Fernteilung einer solchen Regierungspolitik im Zweifel lassen konnte. In den Kreisen des Reichstags hat man aber von der angeblich geplanten völligen Schwankung der deutschen Politik bisher kein Sterbenswort erjahren. Es läßt sich nicht gut denken, daß man auch diesmal wieder beobachten sollte, den Reichstag vor vollendeten Tatsachen zu stellen. Denn dann wäre die Methode, mit der jene neue Politik in Szene gesetzt werden würde, nicht minder vorurteilbar, wie sie selbst. Eine Klärung dieser Angelegenheit, die, um es nochmals zu sagen, viel wichtiger ist als alle Personenfragen, darf wohl in kürzester Frist erwartet werden.

Im Zentrum.

Trotz aller Bekundungsvorläufe geht der Streit um die Friedens- und Kriegszielfrage im Zentrum weiter.

und nimmt sogar immer schärfere Formen an. Auf der Provinzialtagung der westfälischen Zentrumspartei in Hamm wurde die „Mehrheitsrichtung“ im Zentrum heftig angegriffen.

Führer der Opposition war der Reichstagsabgeordnete Graf Galen, der sich gegen die interfraktionellen Besprechungen wandte, die nichts anderes seien als tatsächliche parlamentarische Verhandlungen. Diesbezüglich wurde zur Ordnung gerufen, weil er den neuen Freiheitsbund in Berlin mitbegründet und in Frankfurt bei der parlamentarischen System geredet habe; ebenso der Abgeordnete Weder, der in der Verfassungskommission für die Aufhebung des § 9 der Verfassung gestimmt habe. Das preussische Wahlrecht gebe den Reichstagsüberhaupt nichts an. Wenn früher vom Zentrum das gleiche Wahlrecht gefordert worden sei, dann habe keine Gefahr bestanden, es zu erreichen. Das sei aber heute anders.

Domkapitular Professor Rosenburg (Naderhorn) stellte sich als eingeschriebenes Mitglied der Vaterlandspartei vor; ihr Statut habe ihn geradezu begeistert. Das gleiche Wahlrecht lasse ihn kalt. Dort griff er die Friedensentscheidung des Reichstags aufs schärfste an. Das Zentrum müsse sich an die Konservativen anlehnen. Semetweger könnten die Sozialdemokraten die Kriegsfriede vernachlässigen, da ihre Annahme nicht von deren Zustimmung abhängig sei. Das gleiche Wahlrecht werde kirchenfeindlichen Zelen Vorstoß leisten, und das Zentrum habe dann leider dazu mitgeholfen!

Ein Versuch, eine ausgleichende Entscheidung durchzuführen mißlang und die erregte Versammlung ging ohne offiziellen Abschluß auseinander.

Die Öffentlichkeit wird besonders die vom Grafen Galen vertretene politische Moral interessieren, nach der seine Partei — mit Rücksicht auf die Volkstimmung — gewisse freiheitliche Forderungen vertreten darf, solange nicht die „Gefahr“ besteht, daß sie Erfolg haben. Wird das Zentrum einen Abgeordneten, der solche Anschauungen propagiert, weiter in seinen Reihen dulden? —

Das Gegenstück.

Das englische Unterhaus beriet, wie schon kurz erwähnt, am Dienstag über folgenden Antrag der Friedensfreunde aus der liberalen und der Arbeiterpartei:

Das Haus ist der Ansicht, daß, wenn zufriedenstellende Bürgschaften für die Unabhängigkeit und Wiederherstellung von Belgien und auch für die Räumung der andern besetzten Gebiete gegeben werden können, keine Hindernisse errichtet werden sollen auf dem Wege zu Vorverhandlungen und einer Verständigung über den Frieden. Dieser Friede müßte die einschneidende Frage in billiger Weise regeln und eine Raschenerklärung schaffen, welche Kriege in Zukunft verhindert.

Der Antrag wurde, um es vorwegzunehmen, mit 282 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Der deutschen Friedensresolution vom 19. Juli steht also eine englische Bereitschaft zum Verständigungsfrieden nicht gegenüber. —

Berechtigte Kritik an Stockholm.

Der bekannte Volksheld Karl Rabek übt im „Boten der russischen Revolution“ scharfe Kritik am Friedensentwurf des holländisch-skandinavischen Komitees. Von den englischen Eroberungen in Asien und Afrika spreche es kein Wort. Von der Wiedergabe Syriens und Arabiens zu schweigen, aber die Unabhängigkeit Belgiens unbedingt zu fordern heiße, unter der Maske der Anerkennung des früheren Besitzstandes den glatten Sieg des englischen Imperialismus wollen. Die Verbindung Bulgariens mit Oesterreich verbieten und die Abtrennung Armeniens und Mesopotamiens stillschweigend gutheißen — das sei das Stockholmer Programm der neutralen Sozialisten, und das Programm eines siegreichen Englands, auf Kosten der Mittelmächte wie der übrigen Ententestaaten. Die Herren Branting und Troelstra hätten sich nur bei der Aufstellung ihres „gerechten“ Programms ein falsches Bild von der militärischen Lage nach der irreführenden Lektüre ihrer Leitblätter gemacht.

Etwas besser unterrichtet seien die Sozialisten mit ihren Friedensvorstellungen. Aber solange sie am Bündnis mit der Entente-Bourgeoisie festhielten, sei auch dieses Programm nur Schein. Sie forderten die Neutralisierung der Seewege — mit Ausnahme Gibraltars. Abschließend aber sei, daß sie auf diese Kompromißprogramme kein Mensch einzeln könnte.

Man wird dieser Kritik die Berechtigung nicht absprechen können. —

Ein Denkmal der Hausfrau!

Der Leiter des konservativen Kopenhagener Blattes „Politiken“ hat im Oktober eine Reise durch Deutschland gemacht und schildert in einem sehr anschaulichen Bericht seinen Lesern die Eindrücke, die er hier gewann. Zunächst natürlich die Ernährungsnotwendigkeiten. Wir geben aus dem objektiven, in der Mitte des Oktober geschriebenen Artikel nach dem „A. T.“ einige besonders interessante Stellen wieder.

Wir kommen abends ohne Verzögerung in Berlin an. Die Straßen liegen im Halbdunkel, man sieht fast keine Autos und die Pferde vor den Droschken sind unterzogen. Der Automobilmangel rührt von dem Mangel an Gummi her. (Wenn man ein paar Gelofen mit sich führt, muß man gut auf sie aufpassen und sie z. B. nicht in eine Theatergarderobe stellen.) Der Lichtmangel ist wie in Kopenhagen dem Mangel

an Brennmaterial zuzuschreiben. Die Theater sollen um 10 Uhr schließen, die Restaurants um 11½ Uhr. Jede Heizung privater Wohnräume war bis zum 15. Oktober verboten.

Die Entbehrungen, denen die Deutschen jetzt unterworfen sind, können auch einen Dänen nachdenklich machen. Sollte der Krieg nur noch ein Jahr dauern — und das scheint ja möglich —, so werden wir auch in Kopenhagen diese Entbehrungen zu spüren bekommen. Man nimmt daher als Däne mit furchtgemischtem Interesse Kenntnis von diesen Einschränkungen, indem man sich fragt: Werden wir das moralische Rückgrat und die Stärke der Deutschen haben, um eine gleiche Krise zu ertragen?

Daß es nicht leicht zu leben ist, wird man verstehen, wenn man hört, daß die meisten Haushaltungen fast ohne Butter, Fett, Weißbrot, Zucker, Kaffee, Tee und Schokolade geführt werden müssen. Die Fleischrationen sind klein und an fleischlosen Tagen ist jeder Fleischgenuss verboten. An Zigaretten ist noch immer Ueberschuß, aber die Zigarettenverkaufsstellen sind von 12 bis 3 Uhr geschlossen. Nur fünf Zigarren werden zurzeit an einen Käufer verabfolgt. . . .

In Deutschland herrscht — abgesehen von der neugebildeten Vaterlandspartei — keine Begeisterung für den Krieg, aber alle sind sich darin einig, daß die Zähne zusammengebissen werden müssen, und daß durchgehalten werden muß. „Durchhalten“ ist das Selbstgespräch; in dieser Hinsicht ist von einem Wanken nichts zu spüren. . . .

Die Schwierigkeiten zeigen sich nicht an den Fronten, sondern zu Hause, wo Teuerung, Handelsstillstand und Lebensmittelmangel das soziale Leben lähmen. Bei näherer Betrachtung erweist sich aber das Bild etwas heller als man es bei zufälligem Besuch findet. Derjenige, der sich mit den, auf die amtlichen Lebensmittelkarten erhältlichen Sachen begnügen muß, ist wahrlich schlecht gestellt; aber die meisten Deutschen verstehen sich Erleichterungen auf Umwegen zu verschaffen. Auf dem Lande sind die Verhältnisse nicht so schlimm wie in den Städten. Im Kriegsernährungsamt behauptet man, daß das Minimum bereits erreicht sei und die Verhältnisse sich bessern werden, da die weiten eroberten Gebiete Rumäniens und Rußlands nunmehr wissenschaftlich bebaut und behandelt würden.

Die Stimmung im Reichstag erinnert etwas an diejenige, die in unserm Reichstag kurz vor dem Stimmwechsel herrschte. Nach der Botschaft des Kaisers über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ist es klar, daß eine Parlamentarisierung der Regierungsformen des Kaiserreichs bevorsteht. Die Luchburg-Angelegenheit und die Bombenaffäre in Christiania haben gleichfalls allerlei gelehrt. Charakteristisch ist, daß die Vaterlandspartei, die bei ihrer Bildung Reichstagswahlen verlangte, jetzt nichts mehr davon hören will. Eine Wahl würde auch sicher eine überwältigende Mehrheit für einen Frieden ohne Annexionen bringen, ein Standpunkt, den die Regierung im Prinzip ja auch angenommen hat. Noch ist die Reichstagsmehrheit nicht fest zusammengeschemelt, aber eines schönen Tages wird es geschehen sein. Neue, fortschrittliche- und friedensfreundliche Führer werden die Fäden ergreifen und einen Verständigungsfrieden bringen.

Wenn der Friede kommt, wird das künftige Vaterland Hindenburg unter den Linden ein Denkmal errichten. Es ist aber noch jemand, der ein noch größeres Monument verdient hat: die deutsche Hausfrau. Geduldig, ohne Klage, hat sie mehr als irgendein anderer die Bürden des Krieges getragen. Gegen sie erst mußte die ganze Welt auf die Beine gebracht werden. Sie ist bleich, sie friert, sie hungert, aber sie hält durch. Der stärkste Eindruck, den ich von meiner kleinen Reise mitnehme, ist die Erinnerung an dieses Leiden und doch so energische Angesicht.

In den Fronten mag's toben, die deutschen Städte mögen von Fliegern beschossen werden, Deutschland behält seine Ruhe, seine Genügsamkeit, seinen Fleiß — drei Eigenschaften, die sich in dieser harten Zeit vereint haben, um einen großen Menschen aus der kleinen deutschen Hausfrau zu machen. —

Notizen.

Vertonung eines amerikanischen Patrouillenschiffs. Aus Washington wird amtlich gemeldet: Das amerikanische Patrouillenschiff „Merced“ wurde am Montag in der Krieggasse von einem U-Boot versenkt. Ein Offizier und 20 Mann werden vermißt. —

Deutschlands Angebot an Frankreich. Trotz der mehrfachen Feststellungen ihrer Unrichtigkeit tauchen immer wieder Gerüchte über angebliche Angebote der deutschen Regierung auf, welche die Abtretung Elsass-Lothringens an Frankreich zum Gegenstand gehabt haben sollen. Jetzt läßt sich der „Manchester Guardian“ aus Paris melden, daß die deutsche Regierung Herrn Briand habe auffordern lassen, in die Schweiz zu kommen, um dort mit dem Fürsten Bülow oder dem Reichskanzler zusammenzutreffen. Dies sowie das in dieser Depesche aufs neue behauptete Angebot, Elsass-Lothringen abzutreten, gebürt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, wie alle früheren bezweifelten Behauptungen in das Reich der Fabel. —

Vollbund für Freiheit und Vaterland. In der jüngsten Sitzung von Vorstand, Ausschuß und Beirat des Arbeiterverbandes wurde debattiert und einstimmig der Antrag an den Vollbund für Freiheit und Vaterland, den die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands empfiehlt, beschlossen. Es wurde mitgeteilt, daß der Vollbund keine neue Partei sein will. Er soll vielmehr die Arbeiter, Beamten- und Angehörigen-Verbände der Richtungen und andere wirtschaftliche Organisationen des arbeitenden und schaffenden Volkes zum Kampfe für den freiheitlichen Ausbau Deutschlands und die baldige Herbeiführung eines glücklichen Friedens zusammenfassen. Die Gründungsversammlung des Vollbundes für den nächsten Herbst soll mit mehr als 10 Millionen Mitgliedern interessierten, soll in der nächsten Woche endgültig beschlossen werden. —

Die Lösung der polnischen Frage. Wir melde bereits, daß sich der Kronrat vom Montag mit der polnischen Frage und damit zusammenhängend mit der zukünftigen Gestaltung der Verhältnisse von Kurland und Litauen beschäftigt hat. Nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau“ ist folgende Neuregelung beschlossen worden: „Russisch-Polen wird mit Galizien zum je schb ä n b i - gen Königreich Polen vereinigt dessen Krone auf den Kaiser von Oesterreich übergeht, und bildet dann, nur durch Personalunion mit Oesterreich und Ungarn verbunden, den dritten Teil des Oesterreich-Reiches. Das Gebiet des neuen Königreichs wird durch Teile von Litauen und das geschichtlich zu Polen gehörende Suwalki und Grodno abgerundet. Ferner erhält Polen das Recht der uneingeschränkten Schifffahrt auf und aus dem deutschen Meeresgebiet, somit also seinen alten geschichtlichen Zugang zum Meere. Ueber die Zukunft Litauens und Kurlands ist folgende Vereinbarung getroffen: Kurland wird zum Herzogtum, Litauen zum Großfürstentum erklärt. Beide Länder werden durch Personalunion dem preussischen Staat angegliedert, indem der König von Preußen Großfürst von Litauen und Herzog von Kurland wird, und erhalten jedes einen eignen Landtag. Selbständige Bundesstaaten des Deutschen Reiches werden sie also hierdurch nicht.“ —

Reichstagskandidat Tirpitz. Die altdeutsche Vaterlandspartei will sich offenbar am Reichstagswahlkampf beteiligen. Ihre Hintermänner im Wahlkreise Baugen-Ramenz haben an den Großabmiral v. Tirpitz die Anfrage gerichtet, ob er die Kandidatur im Reichstagswahlkreise annehmen will. Die Antwort steht noch aus. —

Republik Finnland: Aus Helsingfors meldet die „A. T.“: Die Regierung stimmte den Gesandtschaften über die politischen Beziehungen zwischen Rußland und Finnland und ihrer Prüfung durch den Landtag zu. Die Gesetze bestimmen, daß Finnland in seinem Gebiet mit Rußland vereinigt bleibt, aber unter eigener gesetzgebender und Regierungsgewalt. Finnland ist Republik und hat einen eignen Präsidenten und einen eignen Ministerrat. Die Minister, die sich mit Kriegs- und Friedensfragen befassen, sind gemeinsam für Rußland und Finnland. Verträge mit fremden Ländern werden durch die russische Regierung geschlossen. —

Unruhen in Irland? Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ aus London meldet, schreibt „Daily Telegraph“: Wir wissen nicht, zu welchem neuen Trauerspiel die Ereignisse in Irland führen werden, aber es ist nur allzu wahrscheinlich, daß eine Tragödie mit Blutvergießen bevorsteht. Irland ist eine kochende Masse von Anarchie. Die Regierung soll aufpassen, daß der Keßel nicht überläuft. —

Die Schiffsverluste. In der Sitzung des englischen Oberhauses vom 1. November jagte Lord Bessborough: Die Gesamtverluste an Schiffen, englischen, verbündeten und neutralen, durch Minen und U-Boote im Jahre 1917 betragen etwas über fünf Millionen Tonnen, dazu kamen von August 1914 bis Januar 1917 4 Millionen Tonnen. Durch Hilfskreuzer wurde im Jahre 1917 ein Verlust von 160 000 Tonnen verursacht. Der Gesamtverlust des Jahres 1917 beträgt 7,92 Millionen Tonnen. Bis Ende 1917 können von England, den Verbündeten und den Neutralen etwa 3 Millionen Tonnen neugebaut werden. Der Stand Anfang 1918 ist also fünf Millionen Tonnen weniger als 1916. Die Vereinigten Staaten können einen Ausgleich nicht schaffen; führende Amerikaner geben das zu. Eine sofortige Rationierung der Lebensmittel ist nötig. —

Mehr als 250 000 Gefangene.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 8. November 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In der flandrischen Schlachtfrent hat der Feind seine Angriffe nicht wiederholt. Die Artillerietätigkeit blieb ruhig; sie steigerte sich namentlich gegen die Abzweigungen an der Vier und bei Passchendaele. Die Stadt Dixmude lag unter heftigem Minenfeuer. Nördlich von Poelcapelle und bei Armentières wurden englische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In Tilette-Grand wurden aus erfolgreichen Vorstößen französische Gefangene eingebracht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. In Sandgou schloß die schon seit einigen Tagen lebhafteste Artillerietätigkeit zu beiden Seiten des Rhein-Rhône-Kanals zu größerer Heftigkeit an. Französische Sturmtruppen stießen am Nachmittag nördlich und südlich vom Kanal vor. Bei Ammerzwiler wurde der Feind zurückgeworfen. Westlich von Giselweiler blieben vorstehende Grabenstücke in seiner Hand. Am Abend brachen hier erneute Angriffe der Franzosen verlustreich zusammen.

Seit dem 3. November verloren die Segner im Luftkampf und durch Flugabwehrfeuer 24 Flugzeuge. Leutnant Böhmer erlangte seinen 24. und 25. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Bei Bresdn und an der Moldawa lebte das Feuer zeitweilig auf.

Mazedonische Front. Im Gerna-Bogen hat sich die Artillerietätigkeit wieder verstärkt.

Italienische Front. Aufre auf den Gebirgsstraßen vorbringenden Abteilungen brachen den Widerstand feindlicher Nachhut.

Dem am mittleren Tagliamento zwischen Solmezzo und Gemona und an den ständigen Befestigungswerken des Monte San Giacomo noch ausharrenden Feinde verlegte man umfänglich angelegte Angriffskolonnen den Rückzug. Bis hier mußten sich 17 600 Italiener, darunter ein General, mit 80 Geschützen ergeben.

In der Ebene entwickelten sich Kämpfe der Siberga-Kämpfe. In frischem Draufgehen erzwangen sich deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen trotz gewaltiger Verluste den Rückgang und warfen den Feind westwärts zurück.

Die Gesamtzahl an Gefangenen hat sich auf mehr als 250 000, die Zahl an Geschützen auf über 2200 erhöht.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Was der Krieg bringt.

Die Folgen.

Am schwersten bedroht sind durch den Nahrungsmittelmangel die Jugendlichen der Großstadt und der großstädtähnlichen Landgemeinden. Ueber ihren Zustand während des Krieges hat der Chemnitzer Stadtschularzt Prof. Dr. Thiele seit längerer Zeit genaue Untersuchungen angefertigt, welche die Gefahr der Lage ziemlich deutlich machen. Thiele hat nach seinem Bericht in der „Sozialen Praxis“ einerseits die Kinder im ersten Schuljahr, andererseits die Volksschüler vor der Entlassung und dann auch in geringerem Umfang jugendliche Lehrlinge und Arbeiter längere Zeit hindurch gemessen und untersucht. Nach denselben Methoden vorgehend und nach denselben Maßstäben messend hat er folgende Zahlen gefunden:

Genügender Ernährungszustand	1916	95,1	Prozent
	1917	91,8	
Ungenügender	1916	4,9	
	1917	8,7	
Bei den Konfirmanden ergab die gleiche Untersuchung:			
Genügender Ernährungszustand	1916	95,4	Prozent
	1917	93,5	
Ungenügender	1916	4,6	
	1917	6,5	

Im Laufe des letzten Jahres ist also trotz der gewährten Zulage für Jugendliche eine wesentliche Verschlechterung ihres Ernährungszustandes eingetreten.

Interessant sind die Beobachtungen Thieles darüber, welche Klassen von Kindern von dem Lebensmittelmangel am schwersten betroffen wurden. In der ersten Untersuchungszeit — Herbst und Winter 1916 — waren es die Kinder der bemittelteren Kreise, die an Körpergewicht am stärksten verloren, weil die Wurst-, Eier- und Fleischzulagen zum Frühstück wegfielen, an die sie gewöhnt waren. Die Kinder der Arbeiter erhielten damals im wesentlichen die gleiche fleischarme und kartoffelreiche Kost, auf die sie schon immer angewiesen waren. Im Winter 1916 und Frühjahr 1917 blieben dann am stärksten die Kinder der kleinen Beamten, Lehrer und Festbesoldeten zurück. Den Grund dafür erblickt Thiele in dem außerordentlichen Steigen der Preise namentlich der marktfreien Lebensmittel, welche den Festbesoldeten dadurch unzugänglich wurden, während die Kinder der Schwerarbeiter und anderer Kreise mit höheren Löhnen oder Einnahmen als die Unterbeamten durch Sonderzuweisungen und Zukäufe zu den Rationen recht günstig abkniffen.

In neuester Zeit erscheinen am stärksten die Kinder gefährdet, denen zu Haus die Ordnung fehlt, insbesondere also wohl die, deren Mütter auf Arbeit gehen. Hier ist die Ausnutzung der Rationen ungenügend und der Kraftverbrauch durch vielen Aufenthalt auf der Straße und nicht rechtzeitiges Zubettgehen zu stark. Den Ernährungs-

zustand der Fortbildungsschüler fand Thiele im allgemeinen befriedigend, da sie meist in Munitionswerkstätten beschäftigt sind.

Eine allgemeine Zunahme der Krankheitsfälle hat Thiele bei der Jugend nicht beobachten können. Während bei den Erwachsenen Wasserjucht, Herz- und Nierenkrankheiten und eingeklemmte Brüche infolge des übermäßigen Fettverlustes und der stark wasserhaltigen Ernährung häufig sein sollen, hat Thiele bei den Jugendlichen weder darin noch bei den Mitederkrankeheiten eine besondere Zunahme konstatieren können. Schlimm ist nur die Ausbreitung der wichtigsten Kinderkrankheit, der Tuberkulose, und ihrer Vorstufe, der Blutarmit, worüber Thiele folgende Zahlen gibt:

	1916	1917	1918
Schulaufgänger Blutarmit	22,90	28,50	22,48
Tuberkulose	2,10	2,35	1,07
Konfirmanden Blutarmit	30,99	31,20	21,74
Tuberkulose	4,16	4,90	1,51

Es leiden also unter der Nahrungsmittelknappheit in besonders gefährlichem Maße die kranken und kränklichen Kinder, und für sie fordert Thiele in erster Linie Milch und Fett in möglichst weitem Umfang. Im übrigen empfiehlt er allgemein den Verzicht auf Sportwanderungen und Leibesübungen, da sie bei der jetzigen Ernährungsweise dem Gebot der Sparsamkeit mit Kalorien widersprechen. Sein Ruf „Hilfe für die gesundheitlich gefährdeten Jugendlichen!“ wird hoffentlich Gehör im Reichsernährungsamt finden.

„Sie haben doch Ihren Kopf noch!“

Der „Volkschullehrer“, Organ für die Interessen der deutschen Volksschule, veröffentlicht unter der obigen Überschrift eine kleine, für das soziale Verständnis unserer Kreise charakteristische Schilderung, der wir nur den Schluß entnehmen. Ein vom Ausbruch des Krieges an unter den Jähren gestandener, mit dem Eisernen Kreuz bedachter Volksschullehrer meldete sich nach zweimaliger schwerer Verwundung, die ihn dienstuntauglich werden ließ, vor Ostern dieses Jahres bei seinem früheren Vorgesetzten, und dabei kam es zu einer Unterredung folgenden Inhalts:

Schulinspektor: Wohin Sie nach Ostern und nach dem Kriege kommen, weiß ich nicht.

Lehrer: Ich war vor dem Krieg in Malskatt tätig und wünsche dort auch wieder Beschäftigung zu finden.

Schulinspektor: Sie haben keinen Anspruch darauf, in einem bestimmten Stadtteil angestellt zu werden; Sie müssen dahin gehen, wohin wir Sie schicken. Jetzt ist der Hilfsdienst eingerichtet, da können Sie dazu verwendet werden.

Lehrer: Ich bin von der Militärbehörde als dauernd unbrauchbar entlassen, ich bin Krüppel; da werde ich den Hilfsdienst

nicht so ohne weiteres übernehmen, da noch viele andere für diesen Dienst da sind.

Schulinspektor: Sie haben doch Ihren Kopf noch! —

Der „Volkschullehrer“ macht dazu folgende Bemerkung: Diese Bemerkung traf den Kollegen schmerzlicher als die feindlichen Geschosse. Also das war das ganze Verständnis, das war die ganze Teilnahme des Vorgesetzten für einen Mann, der im Dienste des Vaterlandes geblutet und gelitten hatte und zum Krüppel geworden war! Der Herr Inspektor hat allerdings den Krieg und seine Schrecken nicht aus eigener Anschauung kennengelernt; er ist seitens der Stadtverwaltung für die ganze Dauer des Krieges reklamiert worden. Trotzdem hätte man von ihm als Mensch und als Offizier doch wohl etwas andres erwarten dürfen.

So geschehen in Saarbrücken! —

Wir würden uns nicht wundern, wenn dieser tüchtige Schulinspektor auch ein tüchtiger Alldeutlicher wäre. —

Der gute Ton im Schützengraben.

Einige unerbittliche Anstandsregeln für den Tisch.

1. Setze dich manierlich an den Tisch, ziehe dir als gebildeter Mensch den Rock aus und krampe die Hemdsärmel auf, denn dann faunst du Fettflecke auf dem Tische bequemer mit dem bloßen Arm abwischen. Fett aber erhält die Haut elastisch und leistungsfähig.

2. Raue niemals am gemeinsamen Federhalter oder Messer, bohre auch nicht im Obere mit ihm herum. Es ist herrlich genüßlich, mit diesem Behältnis den Tee mit Zucker zu verrühren.

3. Unschicklich ist es, die Nase im Tischemusch abzuwischen; wie soll dann dein Gbsteck beim Reinigen sauber werden.

4. Wird das Fleisch in einer Schüssel für alle angetragen, so suche nicht lange wahllosch darin herum. Ein weiserzogener Mensch findet mit einem Blicke das größte Stück heraus und nimmt es kurz entschlossen mit drei Fingern auf.

5. Lege Tischgästen nicht auf die wenigen vorhandenen Sitzgelegenheiten. Kameraden in kleiner Toilette können solche Stühle leicht übernehmen. Speiseweise gehören ohne weiteres unter den Tisch.

6. Bleibe dir beim Essen Fleisch zwischen den Zähnen, so nimm wie den Zeigefinger zu Hilfe. Eine Gabel hilft viel schneller und die erstere Art kann dir deine Frau später nur sehr schwer wieder abgewöhnen.

7. Bei lautem Klappern sagt ein gebildeter Kamerad „Goppala!“, damit nervöse Neulinge nicht an eine Handgranate glauben.

8. Singe beim Essen keine melancholischen Sachen und rede nur mit vollem Munde, wenn du appetitliche Sachen kaisst. Klippfisch rechnet nicht dazu.

9. Im übrigen lege alle friedensmäßigen Untertanen ab und suche unauffällig dem Vorbild älterer Schützengrabenerweiner das Bedeute abzugucken.

Bisepesmedel C. Hermann in der „Jugend“.

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen von Johannes Scherr.

(8. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Da braucht's gämg kein Winnen: es kann nit sein! dachte Rosi, als sie in ihre Kammer hinauffstieg. Es war ihr jetzt, wo ihr plötzlich der bestimmte Vorschlag gemacht worden, einen andern zu heiraten, erst recht klar geworden, wie sie mit so ganzer Seele an dem Ruodi hing. Das Nicht-einkönnen, nämlich die Unmöglichkeit einer Heirat mit des Schutzhauers langem Toni, war ihr so etwas Abgemacktes, Latjächliches, daß sie sich darüber weiter keine Gedanken machte. Aber die Gedanken kamen von selbst, denn sie kannte ihren Vater und mußte um so mehr glauben, derselbe würde einen einmal gefassten Plan mit allen Mitteln durchzusetzen trachten, da sich die Zwihlbäurin mit richtigem Takte von jeder wohl gehütet hatte, ihren Töchtern einen Einblick in die Diplomatie zu gestatten, womit sie ihren Ruodi in letzter Instanz zu dessen einigem Besten lenkte. Sanft von Gemüt, wie Rosi war, fühlte sie inständig und mit nicht geringem Bangen, daß in ihrem Leben eine Wendung eingetreten, wo das Geschehenlassen, das geduldige Hinnehmen und Abwarten nicht mehr ausreichte, sondern wenn auch nicht Begehrtes fest anzustreben, so doch Verhaftes mutig abzuweisen sei.

„Nei au, Rosi, was machst Du für ein grüßli erust Gesicht!“ rief 's Breneli von dem gemeinschaftlichen Bette der Schwestern her, als die Ältere in die Kammer getreten war und die Lampe auf den Tisch gestellt hatte.

„Was werd ich gämg für ein besonderes Gesicht machen, Ghind: Schläfst Du denn noch nicht?“

„Ei was, bei Nacht soll ich allzht schlafen und bei Tag müd merke. Du und ihr alle im Haus vergeßet allweil, daß ich letzte Ostern b'hort worden. Aber ich bin nicht so dumm, ich Vos, ich will Dir ebbsis sagen. Gelt, der lang Toni aus der Schur geht Dir im Kopf umme?“

„Der? W'hut mi Gott!“

„Gah recht. Was nur dem Vater einfällt? Als wür de. Toni ein Mann für Dich! Müdd! Der lang Volk ist gämg grad so ein G'gung (Geizhund) wie sein Alter.“

„Aber woher weißt Du denn —“

„So, meinst, unsereins hat keine Ohren? Wer Ohren hat, zu hören, der höre, heißt's in der Bibel. Verstanden?“

„Ja, Du hast Deine Ohren überall, wo sie hingehören und nicht hingehören. — Aber weißt Du was, Brel?“ fuhr Rosi fort, sich zum Scherzen zwingend. „Weil Du doch kein Kind mehr sein willst, so könntest Du mir einen großen Gefallen tun.“

„Gern, Rosi, gern. Sag nur, was Du haben willst.“

„Du könntest die Sach' mit dem langen Toni ins recht Gleis bringen, wenn Du dem Vater sagtest, Du wolltest ihn nehmen. Dem Toni wird's gämg einerlei sein, und so wäre Dir und mir geholfen.“

„Jetzt schweig aber, Rosi. Du red'st gämg sämli! Den langen Toni nehmen — pfüdd! Nei, nei! Lo, laß Dir sagen, im Abc kommt nach dem R nicht das L, wohl aber das E. Verstehtst mi?“

„Nein, wahrli mit.“ entgegnete Rosi, die Lampe lösend und zu der Schwester ins Bett steigend.

„Gelt, ich kann Dir gämg auch Hättel aufgeben?“

„Ja, das seh ich. Aber jetzt halt Dein Biadpermiß. Ich bin gämg schläffrig.“

Mit Rosi's Schläffrigkeit war es jedoch nicht weit her. Denn als sich die jüngere Schwester mit der glücklichen Sorglosigkeit ihres Alters auf die Seele gedreht hatte und bald eingeschlafen war, legte sich die Ältere im Bett auf und verank in ein quälendes Nachdenken über ihre Lage.

So mochte sie etwa eine Stunde lang gefesselt haben, als die Stille um sie her durch ein kaum bemerkbares Geräusch unterbrochen wurde. Es kam von dem Laden her, womit das Kammerfenster von außen verschlossen war. Dort pöppelte es in drei Abzügen, ungefähr so, als würden kleine Steinchen an den Laden geworfen. Dann ward es wieder ganz still.

Rosi lauachte mit verhaltenem Atem. Gierauf beugte sie sich zu der Schwester hinüber, deren tiefe Odemzüge einen festen Schlaf bezeugten. Nun schlüpfte sie lachte, lachte aus dem Bette, warf ihre Züppe über und zog ihr Hemdporstli fest am Hals zusammen. So ging sie, schob leise das Schichfenster hinauf und spähte vorsichtig den Laden.

Kein Lichtstrahl; aber ein feuchtkalter Lufthauch drang in die Kammer, denn eine Regennacht lag schwarz über Berg und Tal.

Rosi beugte sich hinaus und fühlte nicht den kalten Regenschauer, der ihr ins Gesicht schlug; sie fühlte nur die warme Hand, die ihre in die Finsternis hinausgehobene ergriffen hatte. Ein heftiger Jöhn schüttelte rauschend die Kette des alten Hornbaumes, der dem Kammerfenster nahe stand, aber doch konnte er vier Ohren nicht verhindern, das Geflüster zu verstehen, das zwischen dem Kammerfenster und dem Horn hin und her flog.

Es währte lange. Endlich zog Rosi ihre Hand zurück, aber schon im Begriff, den Laden wieder zuzuziehen, beugte sie sich noch einmal hinaus und flüsterte mit einer tief aus der Seele kommenden Betonung: „Nei, Ruodi, nei. Dich oder keinen!“

Darauf schloß sie behutsam den Laden, schob das Fenster nieder, tat die Züppe ab und glitt vorsichtig wieder in das Bett. Fast erschraf sie, denn sie hörte die Schwester murmeln, und aufhorchend vernahm sie von Breneli's Lippen die Worte: „Der Herr Pfarrer, ja, der ist gämg e Männli!“ Aber das war nur im Traume gesprochen.

Das Kind träumt von dem Pfarrer, dachte Rosi, „und es irrst auch im Wachen immer von ihm, wo es nur kann. Arns Brel, solltest auch du schon — Aber 's ist ja noch ein pures Kind. Und doch — nun, Gott werde alles zum besten!“ fügte sie laut hinzu, und so schlief sie ein.

Unerwarteterweise sprach der Zwihlbauer am folgenden Tage kein Wort von dem langen Toni aus der Schur und seiner Freiwerberei. Sollte während der Nacht die Politik der Zwihlbäurin mit Erfolg tätig gewesen sein? Es schien doch kaum. Wenigstens mußte die Mutter der Tochter wenig Tröstliches zu sagen, und als ein paar Tage darauf vormittags 's Rosi mit dem Breneli nach der gegen das Fodeli zu gelegenen Matte hinabgehen wollte, um den frühmorgens dort gemachten ersten Grasschnitt zu wenden, hatte sie im Hausflur eine Begegnung von ibleer Bedeutung.

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 8. November 1917.

Neurungen in der Milchversorgung.

Die Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 hat nicht im entferntesten eine befriedigende Versorgung gewährleistet. Man hat sich nun veranlaßt gesehen, neue Bestimmungen zu erlassen. Im wesentlichen enthalten diese folgendes:

Der Kreis der Selbstverfänger ist nunmehr auf Angehörige des Haushalts und solche Wirtschaftsangehörige, die herkömmlich Vollmilch als Teil der Entlohnung beziehen, beschränkt. Der Vollmilchbedarf der Selbstverfänger, sowohl für Ernährungs- als für Futtermittelzwecke, muß in Zukunft befriedigt werden. Die Zufütterung von Vollmilch ist grundsätzlich nur noch an Kübber, die nicht älter als 6 Wochen sind, zugelassen. Für die Zwecke der menschlichen Ernährung kann ein bestimmter Teil der bei Kuhhaltungen und Wollereien anfallenden Wagemilch zur Frischmilchlieferung oder zur Quarkbereitung in Anspruch genommen werden. Soweit Vollmilch über denjenigen Bedarf, der zur Befriedigung der Vollmilchverfängerberechtigten erforderlich ist, zur Verfügung steht, ist sie zu verbüttern oder, wenn die Verbütterung aus technischen oder anderen Hindernissen unzureichend ist, bei der Fettzuteilung anzurechnen. Die Abgabe von Vollmilch ist grundsätzlich nur gegen Karte oder andere befriedigende Ausweise zulässig. Die Sicherstellung der Milchversorgung von Beiratsgemeinden kann nicht nur durch behördliche Einzelanweisungen, sondern auch durch die Anordnung von Milchlieferungen erfolgen. Bei denen Lebensmittelbezirken die Lieferung bestimmter Milchmengen an andere Bezirke angeordnet wird, ferner sind die Behörden befugt, Milchlieferungen und ähnliches im Interesse der Milchlieferung gegen Entschädigung in Anspruch zu nehmen. Der Vollmilchbedarf ist da, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse ihn zulassen, durchzuführen.

Die kommunale Regelung des Milchverkehrs hat sich auf die Erhaltung der Milch zu erstrecken und dies Ziel durch stoffliche Organisation - Einrichtung von Milchsammlstellen, Anweisung von Revisionen und dergleichen - zu erreichen. Wo es erforderlich erscheint, können die kommunalen Behörden mit Zustimmung der Landeszentralbehörden auch gewisse Beschränkungen des Verkehrs mit Jagen- und Schafmilch anordnen. Zur Bekämpfung des Schleißhandels ist der Höhe der Milchpreise die Zwangsbehandlung gegen gesetzliche Bestimmungen unter Strafe gestellt.

Fleischverkauf am Freitag und Sonnabend.

Der Magistrat gibt bekannt, daß die Beschränkung des Fleischverkaufs am Freitag und Sonnabend, die für Magdeburg bestimmte Schlachtvieh nicht rechtzeitig eingetroffen. Um der Bevölkerung nur ausgeglichenes Fleisch zuzuführen, muß deshalb der Fleischverkauf am Donnerstag dieser Woche in Wegfall kommen und auf die beiden Tage Freitag und Sonnabend beschränkt werden. In Abänderung früher Bestimmungen sollen heißen: Gruppe 1 am Freitag vormittag, Gruppe 3 am Freitag nachmittag, Gruppe 2 am Sonnabend.

Die Karmeliten- und die Fettration. In einer Sitzung des Aufsichtsrates für den Lagerungsbezirk Magdeburg (Leipzig) wurde der Vertreter des Kriegsernährungsamtes in 18 folgende Mitteilungen über die Ernährungsverhältnisse im Winter: Von Interesse ist nicht die zu erwarten, da die künftige Lage der Lebensmittelversorgung durch die unzureichende Produktionsleistung haben ihren Grund zum großen Teil auch darin, daß Getreide, die im Winter und dem Sommer vertrieben, wie das Mehl, heute mit entlegenen Gegenden Deutschlands beliefert werden müssen. Die Brotverfälschung ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides. Die Karmeliten- und Fettration ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides. Die Karmeliten- und Fettration ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides.

Geister. Die Abgabe von Gas wird, wie ein Merkmal in dieser Nummer bringt, bis auf weiteres abends 10 Uhr eingestellt. Es findet demnach von Donnerstag den 8. November an die Gasabgabe von 5 Uhr bis 8 Uhr, nachmittags von 10^{1/2} Uhr bis 2 Uhr nachmittags, nachmittags von 4 Uhr bis 10 Uhr abends.

Die neuen Verordnungen des Ernährungsamtes. Der General der Lebensmittelverwaltung hat die neuen Verordnungen des Ernährungsamtes als sehr wichtige Erleichterung der Lebensmittelversorgung bezeichnet. Die Verordnungen sind am 21. Oktober in Kraft getreten. Die Verordnungen sind am 21. Oktober in Kraft getreten.

Der Verkauf im Schnellverkehr. Das Ministerium der Lebensmittelverwaltung hat die Verordnung der Schnellverkehr über die Befreiung der Schnellverkehr und Schnellverkehr in Kraft getreten. Die Verordnung der Schnellverkehr und Schnellverkehr in Kraft getreten.

Das Verbot der Milchlieferung. Das Ministerium der Lebensmittelverwaltung hat die Verordnung der Milchlieferung in Kraft getreten. Die Verordnung der Milchlieferung in Kraft getreten.

Sozialdemokratischer Verein. In der Generalversammlung, die am Sonntag den 11. November, vormittags 10 Uhr, in der „Reichstrasse“, Jakobstraße 42, stattfand, wurden die Delegierten vom Magdeburger Parteitag, die Genossen Weimann und Gorgas, Bericht erstatten. Außerdem wurden noch geschäftliche Fragen erledigt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich in dieser wichtigen Versammlung anwesend zu sein. Die Frauen des Bezirks Neue Neustadt halten am Sonntag den 11. November, nachmittags 3 Uhr, ein gemächliches Beisammensein im Neustädter Schützenhaus ab. Es ist für musikalische und sonstige Unterhaltung in ausreichender Weise gesorgt. Die Genossen werden ersucht, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Del oder Margarine? Durch die Anordnung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette, daß neben Butter auch Margarine verteilt werden muß, ist die Margarine auch in solche Gegenden eingeführt, die bisher nicht gewohnt waren, Kunstbutter zu gebrauchen, sondern neben Butter und Schmalz, die als Streichfett verwendet werden, Lele benutzen. Da jetzt an Arbeitskräften und Kohlen in allen Betrieben gespart werden soll, muß die Frage aufgeworfen werden: Was ist wirtschaftlicher, Del oder Margarine, soll das Del erst im Umweg über die Margarinefabriken machen oder direkt aus den Seelmühlen an die Verbraucher gelangen? Ein Teil des Leles muß auch fernerhin den Margarinefabriken zugeführt werden, weil die gesammelten Rohstoffe nur zur Margarine verarbeitet für den menschlichen Genuß fähig gemacht werden können, aber alles Del, das diesem Zwecke nicht dient, sollte der Verbrauchern ohne Umwege zugeführt werden. Aus verschiedenen Gründen: Del ist in der Küche ein überaus sparsames und ausgiebiges Fett, das zum Braten, Braten, Köchen ohne Schwierigkeit benutzt werden kann, während bei der Verwendung von Margarine schon dadurch ein größerer Materialverlust entfällt, daß beim Braten nicht nur der starke Wassergehalt verdunstet, sondern durch das feste Spritzen auch nicht unbeträchtliche Mengen aus der Pfanne oder dem Topf gebraten werden, die dann nur den Verd. die Wand, die Kleidung, die Augen und für die menschliche Ernährung ohne jeden Wert sind. Nebenher kommt in Betracht, daß durch die Einschränkung der Margarinefabrikation Arbeitskräfte und Kohlenmengen frei werden würden, die auf anderen Gebieten dringend gebraucht werden. Die Verwendung, daß die Margarine ein Streichfett ist, ist nicht haltbar, denn einmal ist die Margarine in ihrer heutigen Beschaffenheit schwerlich zu ändern als Kochzweck brauchbar, und andererseits könnte man ja die Verteilung von Del und Margarine so handhaben, daß man die Gesenden, in denen schon in Friedenszeiten vorwiegend Del gebraucht wurde, auch jetzt mit Del beliefert, während man die Margarine den Gebieten vorbebringt, die Del früher nicht zum Braten u.ä. verwendet haben.

Die Weihnachts-Hausammlung beginnt am Sonntag den 11. November 1917.

Von Frau nun das goldene Halb. Die auch von den Besonderen nicht zu übersehenen Mängel unserer Nahrungsmittelversorgung werden von Groß- und Kleinhändlern mit Vorliebe der Ausbeutung des freien Handels zum Vorzug, von dessen Wiederherstellung in alle Munde ist und den Konsumenten alles Heil der Welt ist. In diesem Jahre ausstehende Lieferungen zu ermöglichen, werden die Besonderen in allerdings gelegentlich ein wenig überhöht, so werden wir ganz etwas anderes bemerken, als man erwarten darf. So erzählt die „Deutsche Kolonialwarenzeitung“ von einer Sendung, die über ihre Fahrt zur Reichshauptstadt folgende Liste:

	Kart	Früher
2 Stück Salz	10,10	1,00
1 Karamell	6,00	2,00
1 Karamell Süßwaren	5,00	0,90
1 Schokolade	5,50	—
1 Kaffeebrühe	9,00	—
3 Kaffeebrühe	12,00	2,40
1 Kaffeebrühe	3,00	0,40
1 Kaffeebrühe	32,00	16,00
1 Kaffeebrühe	1,50	0,40
1 Kaffeebrühe	10,00	1,40

Stellen für die Arbeit im Handel. Die Arbeit im Handel ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides. Die Arbeit im Handel ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides.

Die Arbeit im Handel. Die Arbeit im Handel ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides. Die Arbeit im Handel ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides.

Die Arbeit im Handel. Die Arbeit im Handel ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides. Die Arbeit im Handel ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides.

Die Arbeit im Handel. Die Arbeit im Handel ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides. Die Arbeit im Handel ist einleuchtend der geringen Getreidemenge, insbesondere nach Versteigerung des Getreides.

Die wehrpflichtigen Staatenlosen. Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht einen Erlaß des Kriegsministeriums über die Verwendung der wehrpflichtigen Staatenlosen zur Erfüllung der Wehrpflicht herangezogenen Personen ohne Staatszugehörigkeit. Von der Verwendung in der Kampffront werden Staatenlose ausgenommen, die früher eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen haben, ohne jemals Deutsche gewesen zu sein. Ihre Verwendung wird auf die Etappe und das Wehrdienstbeschränkt, sofern sie nicht den Wunsch haben, in der Front verwendet zu werden. Staatenlos gewordene ehemalige Deutsche und Personen, die seit ihrer Geburt staatenlos sind, werden wie bisher verwendet. Die Entscheidung über die Verwendungsart der Staatenlosen wird nach nochmaliger Prüfung ihrer Staatsangehörigkeitsverhältnisse durch die Geschäftsstellen dritter Instanz getroffen und in die Militärpapiere eingetragen.

Ein Kriegszug für den Eisenbahn-Vollverkehr. Von zuständiger Seite wird der Berliner Presse mitgeteilt: „Während des Krieges sind fast in allen außerdeutschen Ländern, kriegerischen wie neutralen, die Eisenbahntarife allgemein erheblich erhöht, zum Teil sogar verdoppelt worden. Die deutschen Staatsbahnen haben bisher von einer allgemeinen Erhöhung der Tarife abgesehen. Die persönlichen und sachlichen Ausgaben sind aber im Laufe des Krieges derartig gestiegen, daß ein auch nur annähernd angemessenes Einkommen des Eisenbahnbetriebs bei den jetzigen Tarifhöhen nicht mehr erzielt werden kann. Die deutschen Staatsbahnen sehen sich daher gezwungen, alsbald einen Kriegszug zuzuschlagen, um den Preis der Güterverkehrs einzuführen, um den Preis der Güterverkehrs einzuführen, um den Preis der Güterverkehrs einzuführen.“

Verkehrshörung. Am Mittwoch abend, in der verkehrsreichen Zeit von 6^{1/2} bis 7 Uhr, verlagte plötzlich der elektrische Strom bei der Straßenbahn. Die Wagen auf allen Strecken blieben stehen und gingen, trotz der Unruhe der Fahrgäste und der noch größeren Unruhe der an den Haltestellen Wartenden, nicht von der Stelle. Die Ursache der Störung lag in einem defekt gewordenen Transformator auf dem Gleisstrahlwerk. Nach einer halbstündigen Pause konnten die Wagen ihren Weg wieder fortsetzen.

Verhaftet wurden ein Weichensteller und ein Hilfsweichensteller, die auf dem hiesigen Hauptbahnhof einen Postwagen gewaltsam geöffnet und Pakete daraus gestohlen haben.

Theater, Konzerte etc.

Städtisches Orchester. Im dritten Sinfonie-Konzert wurde Karl Stehles Ouvertüre „Reineke Fuchs“ zum ersten Male gespielt. Stehle kennzeichnet sich in diesem Werk als Programmist mit höchstem Erfolg. Die Ouvertüre ist kurz, voll kraftvoll, unverwundeter Einfachheit, humorvoll und witzig. Von tiefster Bedeutung und ästhetischer Spürkraft ist nichts darin zu hören, wohl aber möchte der alte römisch-wägen Gauer vor dem Auge der Phantasie verjüngte Götter aufzuführen, um im nächsten Augenblick ein dummes Guck in den Krügen zu nehmen. Das Publikum fand der Reuehr ziemlich verduzt gegenüber, ein Beweis, daß Stehle das Richtige getroffen hat. Jedenfalls ist Dr. Kabi für die Aufführung des wunderbarsten interessanten Werkes ein gründer Vorber zu überreichen, was hiermit auf schriftlichen Wege von der Warte der hohen Kritik herab geschickt sein mag. Schumanns Sinfonie Nr. 1 in B-Dur war eine schöne Bereicherung des Programms. Hier zeigte der Dirigent, wie er mit fast zärtlicher Sorgfalt die sehr feinen Gebilde Schumannscher Lyrik nachempfindet, ohne an Impuls einzubüßen, den die andere Teile der Sinfonie fordern. Die Besetzung der Sinfonie war eine ausgezeichnete in allen Sätzen. Solist war die Pianistin Frieda Kwaak-Hodapp. Die regelmäßigen Konzertbesucher wissen, daß, wenn die schauderhaft gefiederte Frau mit der schlichten Haartracht auf dem Podium erscheint, etwas Gutes zu erwarten ist. Sie spielte Mozarts Klavierkonzert in D-Moll mit Orchester, nahm den Sinfonischen Gedanken ihres Parts von der ersten Note an wahr und bereicherte manche Stelle durch ihre meisterhafte Auffassung. Ihr über der Kritik stehendes Können zeigte wieder so viel Klarheit und jugendliches Feuer, daß die lässig-ataemische Auffassung des Orchesters wie ein leichter Dampf sich erhebt. Die Strauss-Ragtime-Variationen spielte sie mit entzückender Virtuosität. Ohne Zugabe ließ das unerzählte, quantitativ veranlagte Publikum die Klänge nicht aus. — G.

Mitteilungen der Direktionen. Stadttheater. Heute Freitag (Gastspiel des Kammerjägers Theodor Lattmann): „Liesland“. Sonnabend: „Kabal und Lieber“. Sonntag nachmittags: Sondervorstellung für die Schwerarbeiter; abends: „Das Stöcken des Eremiten“.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Internationaler Gewerkschaftsbund. Der Rechenschaftsbericht, den der Sekretär des I. G. T. Genoffe Legien, der Berner Konferenz vorlegte, ist auch der Staffenbericht vom 1. Juli 1913 bis zum 30. Juni 1917 beigefügt. 1913 lagte bekanntlich die letzte internationale Gewerkschaftskonferenz in Zürich. Danach betrug die Einnahme 148 167 76 Kart, die Ausgabe 141 547 53 Kart. Von den Einnahmen entfallen rund 53 000 Kart auf Beiträge, unter den Ausgaben steht das Lieberzeugungsbureau mit 53 000 an der Spitze. Von größter Interesse aber ist die Zusammenfassung der Beitragsleistungen der einzelnen Länder. England hat ab 1913-14 Beiträge an das Internationale Sekretariat überbracht nicht mehr gezahlt, Frankreich hat 1913-14 245 Kart, im Jahre 1914-15 noch 1600 Kart Beiträge geleistet. Maßgebend waren diese Summen nach der Ausbruch des Krieges eingezogen. Die übrigen am Krieges beteiligten Ementländer sind in folgender Weise an den Leistungen beteiligt: Belgien: 508 Kart, Serbien: 49 Kart, Rumänien: 20 Kart, Italien: 1100 Kart, Vereinigte Staaten: 11 094 Kart, Dänemark: 60 Kart. Es am 20 Kart von Serbien sind alle diese Beiträge für das Rechnungsjahr 1913-14 geleistet. Deutschland trat zur Unterhaltung des Sekretariats in den Kriegsjahren 26 707 Kart bei, Österreich 2672 Kart, Ungarn 1011 Kart. Nach mehr aber mit der internationale Solidarität der deutschen Gewerkschaften hervor, wenn wir die Summe der Beitragsleistungen in ihrer Gesamtheit seit Beginn des internationalen Sekretariats betrachten. Es ergibt sich in folgender Bild (in runden Zahlen): England: 7934 Kart, Frankreich: 7101 Kart, Niederlande: 1864 Kart, Belgien: 1250 Kart, Dänemark: 244 Kart, Schweden: 3114 Kart, Norwegen: 1311 Kart, Finnland: 260 Kart, Deutschland: 48 245 Kart, Österreich: 2551 Kart, Bosnien: 24 Kart, Ungarn: 2655 Kart, Rumänien: 73 Kart, Serbien: 121 Kart, Italien: 72 Kart, Belgien: 53 Kart, Schweiz: 1313 Kart, Italien: 3384 Kart, Spanien: 1288 Kart, Vereinigte Staaten: 18 726 Kart, Österreich (Austrien): 20 Kart, Dänemark: 60 Kart. Von den 105 941 Kart, die das Internationale Sekretariat zu seiner Unterhaltung bedurfte, trugen also die deutschen Gewerkschaften fast die Hälfte bei. Nachden wir Österreich und Ungarn hinzu, so ergibt sich für die Gewerkschaften der Mittelmeere, wo die Meisten der deutschen Gewerkschaften arbeiten, die Summe von 37 881 Kart. Veranschauligung ihrer internationalen Pflichten wird man diesen Gewerkschaften alle nicht vorwerfen können. —

Monatlicher Arbeitskalender für Gartenfreunde.

November.

Die Ernte ist vollendet, nur noch einige Spätk Gemüse stehen im Garten, doch auch mit ihrer Einwinterung ist man bereits beschäftigt. Die übrigen Felder sind leer und harren bereits der Bearbeitung für das nächste Jahr. Nicht ohne Sorge denkt der Gartenbesitzer an die Vorbereitung seines Gartens für die nächste Wachstumsperiode. Die Kriegszeit gebietet ihm, aus seinem Acker die höchsten Erträge herauszuwirtschaften, jedes Flächenstück nach Möglichkeit auszunutzen. Doch die intensive Bewirtschaftung stellt hohe Ansprüche an die Nährkraft des Bodens, und wenn man dem Acker nicht zurückgibt, was ihm durch die Pflanzen genommen wird, so geht er seiner Ertragsfähigkeit entgegen, die Nährstoffvorräte werden aufgebraucht.

Ein gutes Mittel zur Hebung der Fruchtbarkeit haben wir in der sorgfältigen Bodenbearbeitung. In einem Boden, der in gerader Linie gelodert, also rigolt ist, zeigen unsere Gemüße immer ein besonders gutes Wachstum. Die tiefe Lodierung läßt die Pflanzengurzel tief und unbehindert in den Boden eindringen. Auch eine reichliche Durchlüftung und schnellere Durchwärmung hat das Rigolen zur Folge. Was aber besonders das Wachstum auf rigoltem Boden bewirkt, das ist die Bereicherung desselben an Nährstoffen dadurch, daß die in den tieferen Bodenschichten sich angesammelten Nährstoffe durch die tiefe Bearbeitung nach oben in den Bereich der Pflanzengurzel gelangen. Hier werden diese noch nicht aufnehmbaren Nährstoffe durch das Zusammenwirken der Perzeptionsfaktoren Luft, Wärme, Feuchtigkeit und der Bodenbakterien zersetzt und für die Pflanzenernährung geeignet gemacht. So kommt es auch, daß selbst Flachwürler, das sind solche, die mit ihren Wurzeln mehr in den oberen Bodenschichten sich bewegen, auf rigoltem Boden besser gedeihen, als auf flach bearbeitetem. Wichtig ist, daß die Rigolarbeiten im Herbst bis Winter erledigt werden, damit auch der Frost seine wohltuende Wirkung auf den rigolten Acker ausüben kann. Seine Einwirkung auf die Ackererde wird im Gemüsebau sehr hoch geschätzt. Schwerer Boden wird durch ihn in seiner Eigenschaft ganz besonders verbessert. Dieser hat die Eigenschaft, recht viel Wasser in sich aufnehmen zu können. Das nun im Boden äußerst feinkörnigste Wasser gefriert zu Eis und treibt die einzelnen Bodenpartikeln auseinander. Die Einwirkung des Frosts können wir noch durch das Schollen des gegrabenen Acker unterstützen. Bei Frostwetter wird der gefrorene Acker mit einer schweren, scharfen Binde aufgebracht und so der ungefrorene Boden freigelegt. Die gefrorenen Schollen werden möglichst uneben gelegt. Wiederholt man diese Arbeit noch ein- bis zweimal, so macht man auch die tieferen Schichten dem Froste zugänglich. Auf feuchtem, schwerem Boden wirkt man zu diesem Zwecke noch besser in einem Abstand von etwa einem Meter Gräben durch das ganze vorher rigolte oder gegrabene Gelände und füllt diese dabei gemommenen Boden zu beiden Seiten auf. Die so entstandenen Wälle bieten dem Frost eine weit größere Oberfläche und frieren gründlich durch. Dadurch erhalten wir eine mürbe, lockere und fruchtbare Ackerkrume, die sich im Frühjahr ohne Mühe für die Bestellung zubereiten und bestellen läßt. Diesen so vorbereiteten Boden gräbt man im Frühjahr nicht noch einmal; er wird, nachdem er hinreichend abgetrocknet ist, mit der Hacke flach gelodert, darauf gehackt und befestigt.

Soll sich organischer Dünger, wie Stallmist, Kompost, Gründünger usw. vorteilhaft zerlegen, so muß er in den Boden gebracht, aber nur flach untergegraben und vollständig mit Erde bedeckt werden. Der sich zersetzenden Masse wird dann durch die Haarröhrentätigkeit (Kapillarität) von unten her die erforderliche Feuchtigkeit zugeführt, während von oben her Luft und Wärme ausreichenden Zutritt haben. Die bei der Verwesung sich bildenden gasförmigen Produkte werden durch die vollkommene Erdebedeckung an dem Entweichen in die Luft verhindert. An der Oberfläche würde sich der Dünger ebenfalls zerlegen, aber die dabei sich bildenden Gase würden in die Luft entweichen und dem Acker wichtige Nährstoffe verlorengehen. Die Zermürbung und Lodierung des Bodens müssen wir in der Hauptsache dem Froste überlassen und im übrigen durch sorgfältige Bearbeitung zu erreichen suchen, wobei uns auch der Mist gute Dienste leistet. Den Dünger zu tief in den Boden zu bringen, ist ein Fehler, der leider noch viel zu oft begangen wird. In zu große Tiefe untergebracht, kommt der Dünger aus dem Wurzelbereich der Pflanzen. Weiter leidet seine Zerlegung an einem Luft- und Wärmemangel und an einem Ueberfluß an Feuchtigkeit. Anstatt der günstigen Fäulnis- und Verwesung tritt die Vermoerung und Verrottung, und die ganze Düngung bringt nur einen geringen Gewinn für die Fruchtbarkeit des Bodens, aber andererseits eine unverantwortliche Düngerverwendung.

Vor allem Großstädte werden in diesem Herbst weitere große Flächen Acker für den Kleingartenbau erschließen. Es sind in der Hauptsache Weiden und Wiesen. Wesentlich ist nun, daß diese Landereien noch im Herbst bis Winter gepflügt bzw. gegraben werden. Durch die Einwirkung der atmosphärischen Luft, der Winterfeuchtigkeit und des Frostes werden auf diesem rohen Boden jene Voraussetzungen geschaffen, die für das Wachstum und Gedeihen der Gemüsepflanzen unbedingt erforderlich sind. In der Grasnarbe bringen wir einen Schatz von Nährstoffen in den Boden, denn da sie aus verweslicher Pflanzensubstanz besteht, ist sie ein Humusbildner und enthält alle für sämtliche Nährstoffe. Diese Eigenschaften der Grasnarbe ist zur Verbesserung des Bodens so auszunutzen, daß bereits die junge Saat davon profitieren kann; sie soll uns hier also mehr oder weniger den Stallung ersetzen. Was wir daher oben über die Unterbringung des Stallungers sagten, gilt auch für die Grasnarbe; auch sie darf nicht übermäßig tief weggegraben werden, damit sie rasch abtrocknet und verweilt und den Pflanzengurzel erreichbar bleibt. Auf die umgeworfene Grasnarbe soll nur so viel Boden gegraben werden, als nötig ist, das Land hart zu stellen und befeuchten zu können, ohne die Grasnarbe nach oben zu ziehen. Auch ist darauf zu achten, daß die Erde über Kopf in die Grabfurche gelegt und hinreichend zerklüftet wird.

Über erwähnten wir bereits den Ackerkalk. Auch seine Beschaffung ist gegenwärtig nicht immer möglich. Er erfüllt bei der Vorbereitung des Ackerlandes sehr wichtige Aufgaben. Seine Wirkung auf die Fruchtbarkeit ist eine ernährenden, chemische und physikalische. Er ist also ein Pflanzennährstoff, und zwar ein notwendiger; er besitzet ferner die Fähigkeit, die Zersetzung der in der Ackererde befindlichen humosen Stoffe und schlecht bestimmte Bodenbestandteile auf, wobei wichtige Nährstoffe in eine aufnehmbare Form übergeführt werden, die die Produktionskraft der Ackererde erhöhen. Auch bindet der Kalk die Humus säuren und zerlegt das schwerlösliche Eisenoxydul, beide den Pflanzen sehr schädliche Stoffe, die sich in der Hauptsache bei Mangel an Luftzutritt im Boden bilden und daher im Ackerland, das mehrere Jahre nicht bearbeitet wurde und oben rein noch feucht und von undigter Beschaffenheit ist, sich in der Regel vorfindet. Schließlich aber lockert und erwärmt er bindigen und kalten Boden. Der Kalk übt also in jeder Beziehung einen verbessernden Einfluß auf die Beschaffenheit des rohen Bodens aus. Seine Einwirkung auf die Fruchtbarkeit des Bodens tritt aber nur dann bereits im Frühjahr in Erscheinung, wenn er spätestens im Sommer untergearbeitet wurde, während er im Nachwinter ausgebreitet nur noch teilweise seine Wirkung im Boden ausüben kann, was wohl bei gutem Ackerboden in der Regel genügt, nicht aber bei Ackerland, denn hier ist der Boden tot, die Tätigkeit der Bodenbakterien auf ein Minimum herabdrückt.

Aus der Parteibewegung.

Gegen den Belagerungsstand. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Breslau beschloß angesichts der wachsenden Zahl der Versammlungsverbote auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung die Frage zu

stellen, ob zum Protest alle Ehrenämter in der Kriegsfürsorge und der Kriegswirtschaft niedergelegt werden sollen. Weiterangenahmen und Mitgliederbestand sind in Breslau weiter in starker Zunahme.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Niesersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 8. November. (Stenerzahlung.) Die Steuern und sonstigen Abgaben für Oktober bis Dezember müssen bis zum 15. d. M. bei Vermehrung der kassenpflichtigen Einziehung bei der Steuerzahlstelle im Dompropsteigebäude, Unter den Weiden 2, gezahlt werden. Da der Andrang in den letzten Tagen der Erhebung in der Regel berast ist, daß sich ein längerer Warten nicht vermeiden läßt, so empfiehlt es sich, wenn irgend angängig, die Zahlung nicht auf die letzten Tage zu verschieben, sondern vorher zu bewirken.

(Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz.) Durch Urteil des Schöffengerichts ist die Geschäftsführerin Elise Berke, Johannesbrunnen 1, wegen Vergehens gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 26. Juni 1916 gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungsmitteln durch Herstellung und Verkauf eines als „Marmelade“ bezeichneten Feuchtmusens zu 500 Mark Geldstrafe, Ersatzstrafe 1 Tag Gefängnis für je 5 Mark, verurteilt.

Wernigerode, 7. November. (Arme Leute bestochen.) Der nicht unermittelte Privatmann Gustav Kühne aus Silstedt, der trotz seiner 70 Jahre in Vererbung von der an ärmere Leute verpachteten Grasnutzung von Wegböschung Gras entwendet hatte, war durch Strafbefehl zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Er erhob Widerspruch, weil es sich angeblich nur um „kleine Mengen“ gehandelt hätte. Da das Gericht aber hervorhob, daß man auch in kleinen Dingen ehrlich sein soll, wurde der Einspruch verworfen.

Wernigerode, 8. November. (Sozialdemokratischer Verein.) In der am 4. November abgehaltenen Mitgliederversammlung gab Genosse Weher den Bericht vom Parteitag. In knappen Zügen schilderte er die dort gepflogenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse und legte seine Stellungnahme zu letzteren dar. Die Antisemitischen folgten dem Vortrag mit großem Interesse. In der lebhaftesten Diskussion führte Genosse Mahaback an, daß die Einmütigkeit des Parteitages darauf zurückzuführen ist, daß die Opposition ferngeblieben sei. Die Forderungen des Parteitages würden große Konflikte mit der Regierung bringen. Er warnt vor unberechtigtem Optimismus, denn das Kapital sei heute noch übermächtig. Unmöglich sei es, die Lasten des Krieges dem Volk allein aufzubürden; eine stärkere Heranziehung der Kriegsgewinne sei nicht zu umgehen. In neuerpolitischer Hinsicht solle man sich England zum Rufer nehmen. Ein Aufschieben unserer Forderungen dürfe es nicht geben, denn das sei gleichbedeutend mit Aufgeben. Genosse Niewerth meinte, daß sich in bezug auf die Bewilligung der Kriegskredite eine Klärung vollzogen habe. Diese sei aber noch nicht dazu angetan, eine Einigung mit den Unabhängigen zu erzielen. Weder vertritt die Meinung, daß die jeweilige Zeitung, die den Genossen zur Verfügung stehe, diesen die Stellungnahme zu dem Parteitag vorzuziehen. Merkwürdig sei es, wie wenig Sympathie der deutschen Sozialdemokratie im Ausland entgegengebracht werde. Für ihn sei es zweifellos, daß die Reaktion nach dem Krieg wieder die Oberhand gewinnt. Genosse Kessel tritt verchiedenen Ausführungen Niewerths entgegen, insbesondere der über die Parteipresse und der Kreditbewilligung. Im Gegensatz zum Vorredner ist er der Meinung, daß die Mehrzahl der Genossen ihre Stellungnahme aus ihrer Ueberzeugung und nicht aus der Richtung der von ihnen geleiteten Presse herleiten. Genosse Albert Schmidt erklärt, daß er entzückt sei von dem vom Parteitag aufgestellten Forderungsprogramm. Er sei aber bis zur Durchführung ein weiter und beschwerlicher Weg. Das Fortschreiten in der Parlamentarisierung ginge ihm entschieden zu langsam. Gleich Mahaback sei auch er der Meinung, daß die Macht des Kapitals zurzeit noch ungebrochen sei. Auf den Parteitag wolle er nicht eingehen, derselbe müsse nach dem Krieg ausgetrocknet werden. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten gab der Kassierer Genosse Bieker die Abrechnung vom 3. Quartal. Eine Agitation für die Partei soll vorgenommen werden.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 8. November. (Ermittelt.) In den letzten Wochen wurden einem Herrn H. in der Blumenthaler Straße 21 aus der Wohnung nach und nach 300 Mark entwendet. Jetzt sind die Diebe in den Arbeitsbüchern Paul Fanzke und Walter Stephaner ermittelt worden. Sie haben die Tat eingestanden. Das G-G haben sie mit gleichartigen Jungen verbrochen.

(Zeure Eier.) Der Ackerquellbesitzer Ludwig Mewes aus Glienecke soll am 16. August dieses Jahres hier in Burg für eine Mandel Eier sechs Mark verlangt haben, wofür er einen Strafbefehl über 1 Woche Gefängnis erhielt. Er legte dagegen Berufung ein und bestritt die hohe Preisforderung; er will vielmehr nur gezahlt haben, daß schon in Glienecke 6 Mark dafür geboten worden sind. Der Gerichtshof glaubte seinen Angaben und sprach ihn frei.

Wahlkreis Halbe-Niesersleben.

Niesersleben, 8. November. (Das Fehlen der Saatkart.) Der Gärtner Hermann S. hatte im September in Niesersleben 100 Kilogramm Saatkart an eine Firma in Berlin verkauft, ohne im Besitz einer Saattarte zu sein. Dadurch hatte er sich strafbar gemacht und wurde zu 1200 Mark Geldstrafe verurteilt. Auch wurde auf Einziehung der verkauften Kohlen erkannt.

(Einen billigen Pelzjacket) verachtete sich die Ehefrau H. zu beschaffen. Sie sah aus dem Laden des Kürschnermeisters Drechsler einen Jodelpelz im Werte von 96 Mark. 4 Wochen Gefängnis wurde ihr als Sühne dafür auferlegt.

(40 Pfund Kartoffeln) hatte der Arbeiter K. aus der Feldflur in zwei Malen geholt. Er erhielt 12 Tage Gefängnis. Da er die Kartoffeln am 22. und 29. Juli geholt hat, darf man wohl annehmen, daß ihn der Hunger dazu getrieben hat; denn in dieser Zeit herrschte große Kartoffelnot.

Groß-Salze, 8. November. (Die Stadiverordneten-Sitzung.) beschloß sich zuerst wieder mit der Lebensmittelversorgung. Bürgermeister Weigbach erstattete einen interessanten Bericht von den Sitzungen des Ernährungsausschusses. Nach energischen Vorstellungen der Interessenten hat die Provinzialstelle die Ablieferung von 3½ Litern Milch pro Kuh angeordnet. (Bisher waren 6 Liter vorgegeben, abgeliefert wurden knapp 2 Liter. D. V.) Dadurch muß dem Kreis ein Zuschuß übernommen werden, und man hofft, daß die Versorgung nun eine bessere wird. Die Fleischmenge soll auf 250 Gramm wöchentlich bestehen bleiben; eine kleine Kürzung um 50 Gramm auf kurze Zeit kann eintreten. Auch wäre alles getan worden, um den Petroleummangel zu beseitigen; allerdings können nur die Orte versorgt werden, die weder Gas noch elektrische Licht haben. Betreffs der Judenverteilung sind die Behörden schon bei dem neuen Oberpräsidenten dahin nachdrücklich geworden, daß es bei der bisherigen Verteilung bleiben möge; es wäre notwendig, daß am 1. Januar 300 Gramm pro Person eingepreist werden, damit im nächsten Sommer für Gemeindegemeinde vorhanden ist. Zur Hebung des Kohlenmangels sind Eisenwagen ausgemietet; wenn diese aber kommen, kann er auch nicht togen. Bis zum 1. Januar sollen alle Familien 25 bis 30 Zentner Kohlen haben; nachdem dessen für jede Familie nochmals 15 bis 20 verabsichtigt werden. Die Milchfrage sei ganz besonders für Säugende wichtig, weil es ganz auf die Zukunft angewiesen ist, auch hier hofft man durch harte Kontrolle auf Erfolg, das Brot soll durch 10 Prozent Kartoffelzugemisch gebackt werden. Die Marktlandbesorgung soll eine bessere werden, und zwar soll es erst 30 Gramm pro Kopf als Grundpreis für Brot geben. Vom Bürgermeister und vom Stadtrat Köpfer wurde mit Breiten beauftragt, daß der Bürgermeister in den Kreisrat

gewählt ist; es könnten daran viel Hoffnungen geknüpft werden. Nun legte eine längere Aussprache ein, an welcher sich die Stadtverordneten Köpfer, Vogt, Linde, Dr. Freide, Dr. Kempfe und Nord beteiligten. Jeder brachte besondere Wünsche betreffs besserer Versorgung vor; auch wurde um mehr Fortsetzung ersucht, was aber vom Bürgermeister nicht verprochen werden konnte. Monatlich 150 Mark wurden für den Kinderhort bewilligt, welcher schon seitweilen 100 Kinder aufgenommen hat. Eine jährliche Beihilfe von 300 Mark wird der Ortskrankenkasse für Erholungsheime bewilligt. Ohne Debatte wurden 2812,50 Mark für Weihnachtspakete für die Mannschaften des 4. Armeekorps bewilligt. Für die von der Militärbehörde gestellten fünf Hilfsfeldhüter wurde zum Verpflegungsgeld ein Zuschuß von 343,81 Mark bewilligt. Die Erhebung der Miete für Minigasmesser bringe die Anschaffungskosten nicht ein; der Magistrat schlägt vor, 10 Prozent der Kosten einzuziehen, das sind 54 Pf. Es wurde zugestimmt. Die Gasabgabebestimmungen werden dahingehend abgeändert, daß 1 Kubikmeter Leucht-, Heiz- und Kochgas 18 Pf., Motor- und Gewerbegas 15 Pf., Automatenabgabe 21 Pf. kosten soll. Die Erhebung der Kostensteuer bei der Wasserabgabe wird dem Vorhabe gemäß angenommen. Am 1. Januar läuft die Amtszeit der Stadtverordneten Schach, Haase, Gerstenberg, Sandau, Nehe ab. Die Periode wird auf ein Jahr verlängert, dagegen muß im April für die ausgeschiedenen Herren Lette und Vollbring eine Neuwahl vorgenommen werden. Der Magistrat plant die Errichtung eines Miteinigungsamtes; der Berichterstatter Stadtk. Nehe beantragt Kommissionsberatung. Die Stadtk. Nord, Vollbring, Dr. Kempfe und Köpfer sprechen dagegen; sie halten ein solches Amt nicht für nötig, das wäre nur was für eine Großstadt. (Hausbesitzeranklagen! D. V.) Trotzdem Stadtk. Nehe die ganzen Aktenstücke in dieser Sache verlas, wurde es nicht einmal für nötig erachtet eine Kommission einzusetzen; man lehnte sie glatt ab, was den meisten Einwohnern wohl unverständlich erscheinen wird.

Schönebeck, 8. November. (Milchversorgung.) Sämtliche gelben Magermilchkarten über 1 Liter sind sofort umzutauschen gegen grüne oder braune im Zimmer 21. Vom 10. d. M. an wird auf die gelben Karten keine Milch mehr verabfolgt.

(Die Wildhöckpreise) sind den vorjährigen gleich: Hasenrücken Stück 2,60 Mark, das Paar 5,20 Mark, ein Paar Lauschen 50 Pfennig, Gestrübe 30 Pfennig, der ganze Hase 6,25 Mark, ohne Balg 6 Mark, wilde Kaninchen Stück 2 Mark, ohne Balg 1,95 Mark, Hasen Stück 50 Pfennig, Hühner 4,50 Mark, Rehwild: Nüden, Kette 2,75 Mark für Blatt oder Zug 1,85 Mark, Ragout- oder Kochfleisch 90 Pfennig, Rot- oder Damwild 2,35 Mark, Blatt oder Zug 1,65 Mark, Ragout- und Kochfleisch 70 Pf. das Pfund. Leider ist die Hoffnung gering, daß wir nennenswerte Mengen Wild bekommen. Die Jagdpächter erhalten erst ein Drittel der Strecke, höchstens allerdings 50 Stück zusammen. Das zweite Drittel des Ergebnisses im Kreise erhält unverändert der Stadtkreis Niesersleben. Das letzte Drittel wird auf die Städte Schönebeck, Salze, Burg, Alten Staßfurt verteilt. Was da auf einen Einwohner kommen kann, wird leider nicht sehr erheblich sein.

(Eine unerwünschte Maßnahme) ist es, wenn man in der jetzigen Jahreszeit den Schülern der Volksschule verlangt, daß sie des Morgens in der Zeit, die sonst der Turnstunde dienste, Brenneisen sammeln sollen. Es sollte der Schulleitung doch bekannt sein, daß das Schmelzen bei den meisten Kindern jetzt so beschaffen ist, daß es ohne nasse Hände nicht abgeht, durch den Lauf werden die Kinder durchnäßt und können sich, da die Eltern zur Arbeit sind, nicht umziehen. Dadurch wird die Gesundheit der Kinder jedenfalls nicht gefördert. Wenn Brenneisen gesammelt werden sollten, mußte man jedenfalls früher daran denken, zu einer Zeit, da Wiesen und Wälder trocken waren.

Staßfurt, 8. November. (Kartoffelversorgung.) Entsprechend den Mitteilungen des Ersten Bürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung ist eine amtliche Bekanntmachung des Kreisratschusses und des Magistrats erschienen. Danach haben diejenigen Einwohner mit wahren Jahreskartoffeln, die ihre Kartoffeln auf andere Weise nicht erlangen können, ihre Jahreskarte spätestens am 9. November einem Landwirt im Kreise zu übergeben, der die Verpflichtung zur Lieferung der Kartoffeln übernimmt. Die Landwirte haben diese Karten unbedingt spätestens am 10. November bei ihrem Ortsvorsteher (Magistrat) einzureichen. Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß es in diesem mit Kartoffeln reich gelegenen Kreise der beträchtlichen Mengen nach auswärts abzugeben hat, mit so großen Schwierigkeiten für den Verbraucher verknüpft ist, seinen Winterbedarf einzudecken. Selbstverständlich können auch alle diejenigen, die von der Jahreskarte keinen Gebrauch machen können oder wollen, diese im Lebensmittelamt gegen Bierwochenkarten wieder umtauschen.

(Sperrung von Elektrizität für Motoren.) Im Auftrage des Reichskommissars für Kohlenverteilung ordnet für das Versorgungsgebiet der Staßfurter Licht- und Kraftwerke, A.-G., der Vertrauensmann eine Einschränkung des Betriebs elektrischer Motoren an. Diese Motoren dürfen nicht in Betrieb gesetzt werden im November und Februar morgens von 6 bis 8 Uhr, nachmittags von 4½ bis 7 Uhr, im Dezember und Januar morgens von 6 bis 8½ Uhr, nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Das bezieht sich nur auf Kleinindustrie und Landwirtschaft. Mit den industriellen Betrieben werden besondere Verabredungen getroffen.

(Ackerverpachtung.) Der häßliche Acker nördlich der Bennede- und Augustastrasse wird am Freitag vormittag 11 Uhr im Stadterordneten-Sitzungssaal in Etüden von etwa ¼ und ¼ Morgen öffentlich meistbietend auf 3 Jahre verpachtet werden. Hoffentlich werden diesmal die Pachtliebhaber nicht wieder den Fehler begehen, die Pachtpreise auf eine unsonstige Höhe zu treiben, wie dies in letzter Zeit mehrfach in Erscheinung getreten ist.

(Das angekündigte Petroleum) ist leider immer noch nicht eingetroffen; der Beginn des Verkaufs wird noch bekanntgegeben werden. Es ist dringend zu wünschen, daß dies recht bald geschehen könne, denn die Beleuchtungsnot ist wirklich groß. Die Petroleumverbraucher sehen sich in den Hoffnungen, die sie auf die Gewinnung der rumänischen und die Rückgewinnung der galizischen Petroleumquellen gesetzt hatten, arg enttäuscht.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 8. November. (Kriegs-Ausfluß für Konsumenten-Interessen.) Am Mittwoch abend hielt der Ausschuss eine Sitzung im Lokal „Prinz Heinrich“ ab. Auf die in der letzten Sitzung beschlossenen Eingaben an den Magistrat sind noch keine Antworten eingegangen. Auf die Eingabe an den Gasdirektor betreffs Verleuchtung der Lebensmittelmärkte ist eine Antwort eingegangen. Hiernach dürfen diese Geschäfte vorläufig Mittwoch und Sonnabends in ihren Verkaufsräumen bis 7 Uhr abends Licht brennen. Man kann dann auf die Verringerung der Brotmenge zu sprechen. Stadterordneter Arnold gab darüber Auskunft. Da das Mehl bis zu 94 Prozent ausgemahlen ist, so läßt sich der Zufluß von Feinmehl kaum gut herhalten. Aus Grundbesitzverhältnissen sei es schon besser, der Verringerung zuzustimmen. Bis zum 1. Februar 1918 werden als Ersatz für die ausfallenden Menge 20 Pfund Kartoffeln gegeben. Von da an wird durch Zufluß von Trockenpflanzlingen das Gewicht des Brotes wieder auf 2000 Gramm gebracht. Es wird ferner bezüglich der Butterverteilung an die Galtwirte folgende Auskunft gegeben: in Zukunft wird für Fremdenverkehr auf den Kopf und Tag 6 Gramm und für einheimische Mittagsgäste 3 Gramm den Wirten zugewiesen.

(Für 2000 Mark Anzughstoffe entwendet.) Bei der Firma Reinhold & Hansen in der Nikolaistraße wurde in der Nacht zum Mittwoch wieder eingebrochen. Die Einbrecher haben eine etwa 30 Zentimeter große Öffnung in der Schaufensterscheibe geöffnet, durch die sie zwei väterlichen Herrenanzughstoffe im Werte von 2000 Mark entwendeten. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 8. November. (Lebensmittelmangel.) Vor einigen Tagen wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhof die Handverteilung von Brot beschränkt, da es mit einem Tage Gardelegen verlassen wollte, um nach Berlin zu fahren. Die Drei

haftung wurde dadurch veranlaßt, daß die Frau in einer Kiste eilige Gänge und Fleisch- und Wurstwaren aller Art mit sich führte. Wie sich jetzt herausstellt, hat Frau M. von einer Familie in Berlin den Auftrag erhalten, ihr eilige Gänge und andre Fleischwaren zu beschaffen, da doch Bertelschlagten gestattet sei. Sie bekam auch Gänge für einen Preis von 5,50 Mark, trotzdem der Höchstpreis 3,50 Mark beträgt. Aus diesem Grunde sind vielleicht die Gänge beschlagnahmt. Auch das Fleisch wußte Frau M. sich sehr leicht zu beschaffen: sie schlachtete ein „Ferkel“ von ungefähr 80 Pfund und stellte daraus Wurst und Konserven her. Diese ganze Ware hatte sie nun fein in ihrer Kiste verpackt und oben auf Kofel gelegt, damit der Schmuggel nicht auffallen sollte. Eine unangenehme Gerichtsverhandlung wird hier den Abschluß bilden.

(Feld diebstähle.) Von einem Zuckerrübenplan vor dem Stenaler Tor wurden kürzlich eine große Menge Zuckerrüben gestohlen, die für verschiedene Haushaltungen ganz besonders willkommen sind. Aus Mangel an Zucker werden diese Rüben zu Saft gelocht. Den Säften scheint man auf der Spur zu sein. Von den Beständen der Zuckerrüben wurden ebenfalls größere Mengen Karstoffeln entwendet, die mittels Handwagens forttransportiert wurden.

(Ein Naturwunder.) Es dürfte vielleicht eine große Seltenheit sein, daß ein Döbbaum in einem Jahre zweimal Früchte trägt. Das ein Döbbaum zweimal blüht, ist nichts Seltenes; jetzt hat man auf der Ziepler Chaussee einen Apfelbaum entdeckt, der die zweite Frucht schon angelegt hat, die auch ganz gut entwickelt ist.

(Käse.) Auf Abschnitt 17 der Käsearte wird ein halber Käse verabreicht bei dem Kaufmann Warsdorf auf Nr. 7501 bis 7502 und auf Abschnitt 18 von 1 bis 300, Rost 301 bis 700, Dnefjorge 701 bis 1100, Rudo 1101 bis 1500, Schmidt 1501 bis 1900.

Gardelegen, 8. November. (Die Zustände im Bäckerreibe) waren immer unhalbarer geworden. Der sich in diesen Tagen vorher nicht ausreichend mit Brot versorgen konnte, war zu bedauern, denn er konnte für Geld und gute Worte kein Brot bekommen. Die Bäckerlöhne waren einfach geschlossen, damit niemand hinein konnte; wozu sollten sie auch geöffnet sein, wenn Brot doch nicht zu haben ist. Hoffentlich werden sich die Zustände wieder bessern, wenn die Bäckerbetriebe wieder ihr eigenes Brot ausgeben. Bereits am Dienstag fingen die Bäckerbetriebe wieder selbst mit Veden an, obwohl es erst für Mittwoch in Aussicht gestellt war. Hieraus kann man ersehen, daß ein schnelles Eingreifen der Betriebe dringend notwendig war.

(Die neuen Fleisch- und Seifenarten) können in Empfang genommen werden. Die Abholung der Karren muß bis Sonnabend nachmittags 5 Uhr geschehen sein. Spätere Abholungen können wegen anderer dringender Arbeiten nicht immer prompt erledigt werden. Bei Abholung muß der Lebensmittellistenantrag vorgelegt werden.

Kleine Chronik.

Freiwillige Beisetzung eines leeren Sarges.

Ein seltsames Vorwissen hat sich in Thora ereignet. Dort starb kürzlich im Krankenhaus ein Bürger. Seine Angehörigen, die teilweise aus außerhalb herbeigerufen waren, verzichteten auf eine Beerdigung der Leiche. Die Beerdigung fand dann von der Friedhofsgemeinde aus unter großer Beteiligung statt. Da der Sarg eine Leiche enthielt, wurde der Sarg von Angehörigen in die Gruft gelassen. Nach einigen Tagen stellte sich heraus, daß man — einen leeren Sarg beerdigt hatte. Denn im Krankenhaus war die Eintragung der Leiche vergessen worden. Sie wurde noch still in der Gruft und wurde nun nachträglich zum Friedhof geschafft und in den wieder angelegten Sarg gelegt werden, um dann ihre für sie bestimmte Ruhestätte zu finden.

Die Futterkosten für ein Schwein.

Ein Schweinestücker-Karriolen, das trotz des ersten Unterganges einer gewissen Anzahl nicht entbehrlich, erregte kürzlich in einem Kriegswäckerprozess vor der Schweinestücker-Kammer nicht wenig Interesse. Ein hiesiger Landwirt aus Ziepsdorf im Kreise Ziegenhagen hatte drei Schweine gemästet und eins davon einem Ziepsdorfer Fleischer zu einem Preise verkauft, durch den sich letzterer betrogen fühlte. Der

Schweinemäster wurde wegen Kriegswäcker unter Anklage gestellt und vom Meißener Schöffengericht zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. In dem Prozess, der auf die Verurteilung des Beklagten auch die Schweinestücker-Kammer beschuldigte, spielte die Frage nach den Futterkosten die Hauptrolle. In erster Instanz hatte ein Ziepsdorfer Stadtrat über diesen Punkt sein Gutachten dahin abgegeben, daß die täglichen Futterkosten für ein Schwein mit 25 Pfg. zu veranschlagen seien. Ein weiteres Gutachten, das ein Ziepsdorfer Guisheiser dem Berufungsgericht erstattete, ging dahin, daß die täglichen Futterkosten pro Schwein mindestens 75 Pfg. bis 1 Mark betragen. Schließlich war auch die schlesische Landwirtschaftskammer gutachtlich gehört worden. Nach ihren Berechnungen beziffern sich die Futterkosten für ein Schwein pro Tag auf 1 Mark bis 1,30 Mark. Zu bemerken ist, daß allen drei Gutachten die Futterpreise des vorjährigen Herbstes zugrunde gelegt worden waren. Das Beweisergebnis führte übrigens zur Freisprechung des Angeklagten.

Zubiel Geschäftseifer.

Daß man in Schweden noch nicht, wie bei uns zu Lande, den Käufer grundsätzlich als Schwerverbrecher behandelt, dem man das Innerste seiner Handlungsweise durch möglichst grobes Vornehmen Narzumachen versucht, beweist folgendes wahre Geschichtchen aus Stockholm: Eine Dame war in ein Schirmgeschäft getreten, um ein neues Regenrad zu erhalten, und ein sehr bescheidener Verkäufer zeigte ihr das ganze Lager. Da er ein Meister des Wortes war, rühmte er ihr die ausgezeichneten Eigenschaften seiner Schirme in den höchsten Tönen, ohne die Käuferin zu Worte kommen zu lassen. Schließlich nahm er den letzten Schirm vom Ladentisch, spannte ihn auf, hielt ihn der Kundin hin und meinte mit bewundernden Worten: „Sehen Sie sich nur das an! Ist das nicht entzückend? Beachten Sie nur den schönen Seidenglanz und diese Qualität. Bitte, den Bezug zu fühlen, weich und haltbar!“ Mit diesen Worten reichte er der Dame den Schirm. — „Sagen Sie mir, finden Sie nicht, daß dieser Schirm etwas Prachtvolles ist?“ — „Doch,“ erwiderte die Kundin, „aber es ist mein alter, den ich neben mich auf den Tisch gelegt hatte.“

Bereins-Kalender.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Zählstelle Magdeburg. Sonntag den 11. d. M. nachmittags 3 Uhr. Mitglieder-versammlung bei A. Heise (Sängerhaus), Stephansbrücke 35. 227
 Tischler- u. Möbeler-Zunftverein. Sonntag den 11. d. M., abends 7½ Uhr. Versammlung. 698
 Oberpost. Schwanenklub. Sonntag den 11. November, nachmittags 3½ Uhr. außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Magd. Post. 722
 Burg. Sozialdemokratischer Verein. Am Freitag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitglieder-Versammlung. 723
 Schönebeck. Fabrikarbeiterverband. Sonntag den 11. d. M., von 10 Uhr abends bis 1 Uhr nachm. Wahl zum Verbandstag in den bekannten Lokalitäten.

Briefkasten.

Zur Beachtung. Schriftliche Anträge können nur aus-
 a) 10 bis 12 Uhr in besonderen Fällen erteilt werden.
 Kriegswäcker D., Ziepsdorf. Bitten Sie wegen Nachzahlung der Rente für den Monat Oktober eine Bescheidur an den Landrat des Kreises Halbe.
 Schöneberger. Um Gewährung von Urlaub können Sie selbst oder Ihre Eltern nachfragen.
 Jäger W. B. Die Verletzung ist mäßig, nur dürfen Sie nicht älter als 25 Jahre sein. Eine solche Abweisung können wir nicht angeben.
 Landwirtmann J. M. Nach dem Kriegswäckererlaß vom 19. Dezember 1916 sind Landwirte unter 45 Jahren und darüber aus der „borderlichen Linie“ zurückzuführen, wenn sie sich mindestens 6 Monate in dieser befinden haben. Unter der „borderlichen Linie“ sind die am Kampf unmittelbar beteiligten Truppen zu verstehen. Um die Zurückführung zu erreichen, müssen Sie sich an Ihren Vorgesetzten wenden.
 Ziepsdorfer M. 1907: Pfandbuch 24 258, Robert: 26 221; 1912: Landbuch 30 927, Robert 25 695.

C. G., Wörneke. Die Abfindungssumme für Kriegswäcker, die sich wieder verheiratet, kann bis zu 1000 Mark für die Witwe eines Gemeinen, bis zu 1250 Mark für die Witwe eines Sergeanten oder Unteroffiziers, bis zu 1500 Mark für die Witwe eines Feldwebels oder Vizefeldwebels gewährt werden. Der Antrag ist an die örtliche Fürsorgebehörde für Kriegshinterbliebene oder an die Ortsbehörde zu richten.
 D. R. 36. Eine solche Verfügung kennen wir nicht.
 Gefreiter G. M. Die Geschenke können Sie zurückfordern.
 G. S. G. Mobilmachungsausfuß des Roten Kreuzes, Magdeburg, „Harmonie“, Kaiserstraße 64. Die Pakete dürfen 10 Pfund schwer sein. Annahme erfolgt von 9 bis 1/2 12 und von 2 bis 4 Uhr.
 M. Becker 407. Geld ist angekommen.
 C. G. M. Ein Vizefeldwebel gilt auch für einen Unteroffizier als Vorgesetzter; er hat Anspruch auf die Erteilung der Ehrenbezeichnungen durch den Unteroffizier.

Wasserstände.

	+ bedeutet über. — unter Null.	Fall	Rück
Mulde.			
Düben	7. Novbr. + 0,06	8. Novbr. + 0,06	—
Saale.			
Großh.	7. Novbr. —	8. Novbr. + 1,00	—
Erkath.	—	+ 1,63	—
Bernburg Unt.	+ 0,80	+ 0,80	—
Kalbe Oberpegel	+ 1,52	+ 1,50	0,02
Kalbe Unterpegel	+ 0,48	+ 0,40	0,08
Grizehne	+ 0,54	+ 0,45	0,09
Elbe.			
Harbubitz	6. Novbr. — 0,70	7. Novbr. — 0,70	—
Brandes	—	— 0,11	—
Melant	+ 0,35	+ 0,29	0,06
Leimertitz	7. — 0,57	8. — 0,58	0,01
Muffig	—	—	—
Dresden	— 1,80	— 1,80	—
Torgau	— 0,03	— 0,06	0,03
Wittenberg	+ 1,09	+ 1,09	—
Köslau	+ 0,87	+ 0,88	0,01
Alten	+ 0,51	+ 0,47	0,04
Barby	+ 0,67	+ 0,61	0,06
Magdeburg	+ 0,63	+ 0,59	0,04
Zangernünde	+ 1,11	+ 1,07	0,04
Wittenberge	+ 0,81	+ 0,82	0,01
Penzen	6. —	7. —	—
Dömitz	+ 0,27	+ 0,27	—
Barthau	+ 0,10	+ 0,11	0,01
Wojenbürg	+ 0,24	+ 0,25	0,01
Sohnstorf	+ 0,39	+ 0,40	0,01

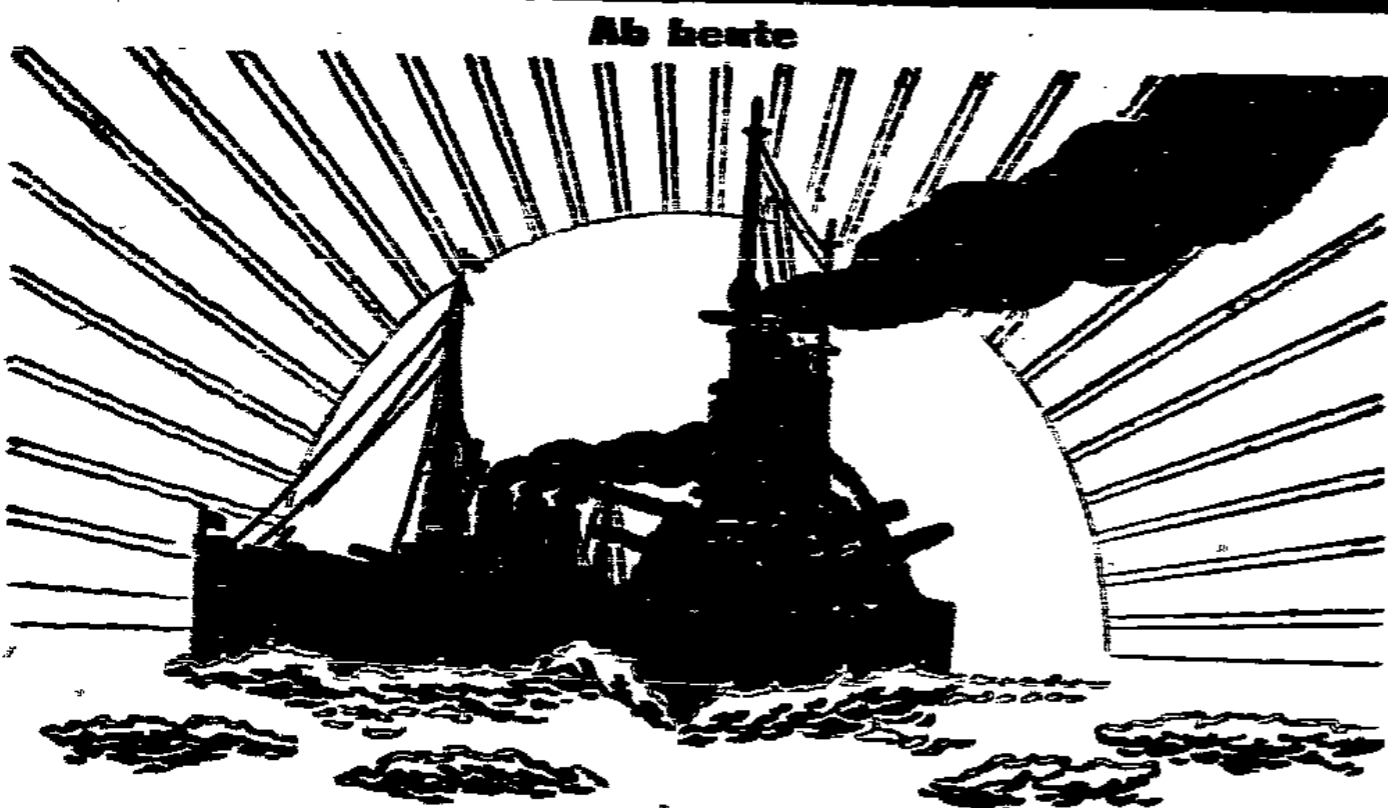
Wettervorhersage.

Freitag den 9. November: Wechselnde Bewölkung, vorwiegend trocken, geringe Wärmeänderung.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 7. November. Todesfälle: Schneidermeister Gustav Siffert, 82 J. 6 M. 6 T. Witwe Maria Bathow geb. Lemme, 77 J. 5 M. 4 T. Witwe Emma Kühnemund geb. Gänther, 72 J. 26 T. Christine geb. Seifert, Ehefrau des Pröbendaten Christian Zaeger, 67 J. 6 M. 16 T. Margarete Schneider, ledig, 22 J. 3 M. 20 T. Fritz, S. des Elektrikmeisters Friedrich Gelede in Uenstahl, 3 J. 11 M. 11 T.
 Zerbau, 7. November. Todesfälle: Kurt, S. des Mobeltischlers Ernst Hochhaus, 4 J. 8 M. 20 T. Franz, Kriegswäcker-Soldat René Simon, 25 J. 3 M. 27 T. Schmied Carl Kolbe, 66 J. 6 M. 1 T. Minna geb. Krull, Ehefrau des Fräuleins Friedrich Schröder, 44 J. 7 M. 10 T. Auguste geb. Hegebarth, Ehefrau des Zimmermanns Karl Paul, 52 J. 11 M. 25 T.
 Ziepsdorf, 7. November. Todesfälle: Olga geb. Gröning, Ehefrau des Oberbahnvorstehers Karl Friede, 56 J. 9 M. 10 T. Neustadt, 7. November. Todesfälle: Flugzeug-Obermarier (Hausdiener) Albert Seidel, 25 J. Herbert, S. des Beckmeisters Franz Schütt, 16 T.
 Ziepsdorf, 7. November. Todesfälle: Maurer-Jubiläum Friedrich Ritter, 77 J.

Kammer-Lichtspiele



Wenn frei das Meer für deutsche Fahrt . . . !

Unter dem Schutze des Deutschen Flottenvereins herausgegeben von Fritz Prochnowsky.

Nils Chrisander, Max Ruhbeck, Melie Sandt, Olga Engl.
 Ein glänzendes deutsches Filmwerk, welches das größte Aufsehen erregt.
 Jugendliche Personen haben zu diesem Vorstufung Zutritt.
 Kapitän Croog auf dem Niggerball
 Meister-Wecke, die neusten Kriegsberichte.
 Ein Teil der Einnahme kommt dem Flottenverein zu gute.

Panorama

Die vier Teufel
 Ein spanisches aufsehenerregendes Lustspiel in 3 Akten.
 Lotte Neumann
 in dem neigenden Hümpel in 4 Akten von Frebel

Die linkische Anna
 Lustspiel in 3 Akten mit Anna Müller-Lincke
 Eine brillante Komödie mit der unermesslichen, bekannten Kinofilmstarin

Anfang wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr, Ende 10 Uhr.

Wir bitten das verehrliche Publikum, schon nachmittags die Vorstellungen zu besuchen, da abends der Besuch ein sehr reger ist.

Wir bitten, unsere erstklassigen Programme gütigst beachten zu wollen.

Tonbild-Theater

Decarli-Serie
 Furcht . . .
 — 3 Akte —
 von Robert Biene
 Eine hervorragende dramatische Erzählung mit dem bedeutenden

Decarli
 in der Hauptrolle

Die linkische Anna
 Lustspiel in 3 Akten mit Anna Müller-Lincke
 Eine brillante Komödie mit der unermesslichen, bekannten Kinofilmstarin

Weißer Wand u. Colosseum

Aus der Serie
 Alwin Neuß
 Das Defizit
 Ein lustiges Abenteuer
 Toni Sharks
 in 4 Akten
 von Paul Rosenhagen.
 Ein brillantes Detektiv-Abenteuer voller Spannung.

Freundinnen
 Ein Schauspiel in 3 Akten mit 1 Borispiel von Rudolf Bell Gopp.